

Materialien - KPÖ - innerparteiliche Dokumente - September bis Dezember 1924

7 Dokumente, 50 Seiten, Faksimile

Die hier zusammengestellten Dokumente umfassen den Zeitraum vom September bis Dezember 1924. Am V. Weltkongress (17.6.-8.7.1924) war eine spezielle österreichische Kommission eingesetzt worden, was allein schon ein deutlicher Hinweis auf die Tiefe der fraktionellen Auseinandersetzungen in der KPÖ war. Der Sommer und Herbst 1924 war weiter von innerparteilichen Turbulenzen geprägt. Im Herbst 1924 fanden zwei KPÖ-interne Tagungen statt, die Reichskonferenz mit Parteitagfunktion am 15./16.11.1924 und eine Reichskonferenz der *Gesundungsgruppe*, also der Frey-Strömung, im Dezember 1924.

Auf der Reichskonferenz von November 1924 hatte die KPÖ - trotz Widerspruchs der Frey-Fraktion - die *Einheitsfront nur von unten* proklamiert und die Parole ausgegeben, die Umwandlung der Partei in eine Massenorganisation sei eine Aufgabe der nächsten Monate (!). Die Auseinandersetzungen dominierten das parteinterne Leben der KPÖ auch nach dem V. Weltkongress im Herbst 1924.

Manfred Scharinger, 15.6.2026

KPÖ - innerparteiliche Dokumente - September bis Dezember 1924

Nr.	Autor/innen	Dokument	Zeit	Seiten
1	xxx	Entwurf eines Aktionsprogramms der K.P.Ö.	[1924]	15
2	xxx	Aktionsprogramm	[1924]	4
3	xxx	Die politische Lage in Österreich und die Aufgaben der K.P.Ö. [beschädigt]	[1924]	7
4	[unbekanntes Mitglied der KPÖ Meidling]	Brief an den Lokalausschuss der Lokalorganisation Meidling der KPÖ	25.11.1924	2
5	[unbekannter Frey-Anhänger]	Brief an Lieber Freund	[ca. Ende November 1924]	10
6	xxx	Die Bewertung der gegenwärtigen Lage in Österreich und ihre Perspektive aufgrund der Reichskonferenz vom 16.11.1924 und der seitherigen Praxis der Partei bis 5.12.1924	[Dezember 1924]	5
7	[„Frey-Fraktion“]	Die Lage der Partei und die Aufgaben der Gesundungsgruppe [unvollständig]	[ca. Dezember 1924]	7
				50

I.

- 1.) Die Frage der Sanierung bleibt für absehbare Zeit das Zentralproblem der österreichischen Innen- und Aussenpolitik.
- 2.) Neben den allgemeinen Ursachen der Weltkrise hat das österreichische Sanierungsproblem seine besondere Ursache die in der Zerreissung des einheitlichen Wirtschaftsgebietes der österreichisch-ungarischen Monarchie begründet liegt.
- 3.) Die siegreichen imperialistischen Mächte haben mit der Zertrümmerung der österreich-ungarischen Monarchie und der Bildung selbständiger Nationalstaaten die Hegemonie der deutschösterreichischen Bourgeoisie gebrochen und ihre Macht ihrer wirtschaftlichen Bedeutung entsprechend eingebrümt.
- 4.) Deutschösterreich besitzt nun eine Industrie die hier keine Brennstoffe und Rohmaterialien vorfindet, ein Gebiet, das an notwendigen Nahrungsmittel kaum 1/3 des Bedarfes deckt, eine Kredit- und Handelsorganisation die dank der gegenseitigen Absperrung der früher zusammenhängenden Gebietsteile keine solide Basis hat, und als Erbe der früheren politischen Hegemonie einen Verwaltungsapparat der ohne die alten Objekte des Verwaltens und Unterdrückens parasitieren muss.
- 5.) Die nationalen Revolutionen brachten noch zwei andere Widersprüche mit sich, die der weiteren Lösung harren. Die wirtschaftsstatistischen Daten Oesterreichs-Ungarns, der Czechoslovakei, ferner Jugoslavien und Grossrumänien, denen grosse Gebietsteile und zahlreiche Völker der Monarchie zufielen, zeigen mit aller Deutlichkeit die Tendenz der Entwicklung eines neuen, höheren einheitlichen Wirtschaftsgebietes. Aber die neuen Nationalstaaten hüten eifersüchtig ihre Souveränität. Dieser

Dieser Souveränität unterordnen sie ihre wirtschaftlichen Interessen. Sie sperren sich gegenseitig ab. Bis an die Zähne bewaffnete Heere, Ein- und Ausfuhrverbote, Zoll - und Verkehrsschranken halten Wacht über die mit grossen Blutopfern erkämpfte politische Unabhängigkeit. Die divergierenden politischen Interessen der nationalen Bourgeoisien geraten mit der Notwendigkeit der engsten wirtschaftlichen Kooperation in Widerspruch. Aber auch die nationalen Interessen der unterdrückten Völker geraten mit den Interessen der herrschenden Bourgeoisien in Widerspruch. Die Nationalitäten-Kämpfe die zur Zerreissung der österreich-ungarischen Monarchie führten, lodern in anderer Form von neuem auf. Ohne die Lösung dieser beiden Widersprüche werden die Massen der zusammengebrochenen Monarchie aus einer Krise in die andere geschleudert werden, ununterbrochen wirtschaftliche und politische Erschütterungen werden die Donauländer durchwühlen, die Produktion lahmlegen und furchtbares Massenelend hervorbringen.

7.) Die Gegensätze die mit der Herrschaft der nationalen Bourgeoisien entstanden können nicht durch diese Bourgeoisien gelöst werden. Die Zertrümmerung des grossen Wirtschaftsgebietes der alten Monarchie und die Unterjochung grosser Volksteile ist die Grundlage dieser Herrschaft. Diese Gegensätze können nur durch das Proletariat der Donauländer aufgehoben werden. Nur auf dem Boden der gleichen Interessen des Proletariats kann die Notwendigkeit der engen wirtschaftlichen Kooperation des gemeinsamen grossen Wirtschaftsgebietes in Erfüllung gehen. Auf diesem Boden allein werden die unterdrückten Völker ihre Freiheit erlangen.

8.) Das Proletariat der Donauländer hat die Aufgabe bei Strafe des Unterganges das begonnene Werk der nationalen Revolutionen zu vollenden, unter seiner Diktatur die höhere wirtschaftliche Einheit der Donauländer und die vollständige nationale, wirtschaftliche, politische und kulturelle Freiheit aller Donauvölker herzustellen.

- 9.) Föderation der Donau-Räte-Republiken, das ist die Lösung der Gegensätze. Das ist die einzige Lösung auch der Sanierungsfrage in Oesterreich. In diese ~~XXXXXXXX~~ Lösung mündet das Problem der österreichischen Produktion, Absatz und Finanzkrise mit allen ihren Folgen. Die Fragen der Teuerung, der Arbeitslosigkeit, der Sozialversicherung, der Löhne und Gehalte, der Arbeitszeit, das Problem des verelendeten Kleinbürgertums, der entlassenen Beamten und Militärs, die Zukunft der studierenden Jugend, die Irredenta, die Zoll- und Handelspolitik der Bodenhunger der landarmen Bauern.
- 10.) Mit Hilfe der Genfer Anleihe von 650 Millionen Goldkronen soll die Krone stabilisiert, der Staatshaushalt ins Gleichgewicht gebracht und dadurch das ganze Wirtschaftsleben saniert werden. In der Tat ist die Krone seit geraumer Zeit stabilisiert und der Staatshaushalt ins Gleichgewicht gebracht. Ist aber auch die Wirtschaft Oesterreichs saniert?
- 11.) Die deutschösterreichische Bourgeoisie hat sich ihrer inneren Schulden durch die Inflation entledigt. Sie hat zur Bestreitung der ausländischen Schulden riesige staatliche Unterstützungen bekommen. Sie zahlt weniger Steuer, niedrigere Löhne und Gehalte als in England, Frankreich, der Czechoslovakei etc. und erreicht dabei Preise über die Weltmarktparität. Sie genießt ununterbrochen eine Ausfuhrprämie durch die verschleierte Inflation. Trotz dieser Bedingungen die die Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Wirtschaft bedeutend steigern, trotz der Kronenstabilisierung des ausbalanzierten Staatshaushaltes weist unser Einfuhrüberschuss für das Jahr 1923 einen Betrag von 818 Millionen Goldkronen gegen 652 Millionen für 1922 auf. Für Jänner und Feber 1924 betrug das Passivsaldo 188 Millionen Goldkronen während es für denselben Zeitraum des Vorjahres sich auf 100 Millionen belief. Bis jetzt überstieg die Ausfuhr der Fertigwaren die Einfuhr um ein Erhebliches, so dass sie zur Deckung

Deckung der grossen Passivposten (Nahrungsmittel und Brennstoffe) etwas beitrug. 1924 blieb aber die Ausfuhr der Fertigwaren hinter dem entsprechenden Einfuhrwert zurück. Der Einfuhrüberschuss von 818 Millionen Goldkronen des kleinen armen Oesterreichs ist viel grösser als der der ganzen Habsburgermonarchie. Er betrug im Jahre 1911 bis 1914 im Jahresdurchschnitt 763 Millionen Goldkronen und konnte mit der riesigen Wirtschaftsmacht der Monarchie leicht ausgeglichen werden. Aber dem Passivum von 818 Millionen Goldkronen stehen keine bedeutenden Posten der Zahlungsbilanz im verkümmerten heutigen Oesterreich gegenüber. Dieses ungeheuere Passivum ist grösser als die ganze Anleihe von 650 Millionen Goldkronen mit denen Oesterreich saniert werden sollte. Es bleibt zum Grossteil ungedeckt.

- 12.) Mit Ausnahme des kurzen Zeitraumes der Ruhrbesetzung, die eine Konjunktur vorgerufen hat, ist die Zahl der unterstützten Arbeitslosen in der Sanierungsperiode ununterbrochen gestiegen.
- 13.) Trotz der auf einen niegeahnten Tiefpunkt gelangten Kaufkraft der Masse steigt die Einfuhr und hält mit der Steigerung der Ausfuhr keinen Schritt. Dies beweist, dass Oesterreich so ausgemergelt ist, dass es auch bei grösster Einschränkung auf diese Einfuhr nicht verzichten kann. Andererseits ist unsere Wirtschaft nicht im Stande die Güter zu erzeugen, mit denen wir uns die notwendigsten Nahrungsmittel, Brennstoffe und Rohmaterialien kaufen könnten. Nur der Ruin der Produktion im übrigen Europa gestattet Oesterreich eine kleine Atempause im Rahmen der bürgerlichen Sanierung.
- 14.) Dazu kommt noch die Frage der künftigen Reparationszahlungen. Schon heute fordert die ausländische Bourgeoisie dass der Grossteil des Restes der Völkerbundanleihe auf das Konto der Reparationen verwendet werde. In dem Masse als die Staatsfinanzen balanziet ⁱⁿ ~~w~~^{werden} werden, werden die Reparationsforderungen der imperialistischen Mächte immer zwingender. Schon diese Forderungen allein müssen das Gleichgewicht des Staatshaushaltes immer

immer umstürzen.

- 15.) Auf dem Boden dieser politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse die Krone auf die Dauer zu stabilisieren und die Staatsfinanzen zu sanieren, hiesse versuchen das Meer in Ketten zu schlagen. An der Passivität unserer heutigen Wirtschaft und an den Reparationsforderungen werden alle Sanierungsversuche der bürgerlichen und sozialdemokratischen Parteien notwendig zerschellen.
- 16.) Eine neue Inflationskrise ist in Sicht die an ~~ZOE~~ verheerender Wirkung all vorhergegangenen in Schatten stellen wird. Unsere Krone wird im Handumdrehen so entwertet werden, dass wir für sie vom Ausland nichts beziehen werden können. Aber ohne ausländische Nahrungsmittel, Brennstoffe und Rohmaterialien können wir nicht existieren. Die Betriebe werden gesperrt und Millionen, buchstäblich dem Hungertode preisgegeben werden.
- 17.) Es wäre grundfalsch, anzunehmen, dass die Bourgeoisie und Sozialdemokratie dieser aussichtslosen Methode des kapitalistischen Aufbaues den Rücken kehren werden. Sie können die wirkliche Sanierung nicht wollen, da sie nur in der Föderation der Donau-Räte-Republik lösbar ist. Sie würde das Ende der bürgerlichen Herrschaft und ihrer Helfershelfer bedeuten. Die Bourgeoisie will aber die Macht nicht aus der Hand geben. Der tiefste Sinn der bürgerlichen Sanierung besteht darin, dass die zappelnde Bourgeoisie in Oesterreich, die politische und wirtschaftliche Macht trotz der zerrütteten Verhältnisse fest behalten, sie sogar unter dem Mantel der Sanierung und mit Hilfe der Sozialdemokratie erweitern will. Sie kann und wird von dieser Methode des Hungertodes nicht um Haaresbreite weichen, Sie wird sich weiter auf Kosten der Massen schadlos halten, gegen den Achtstundentag, den Arbeiterurlaub, die Betriebsräte, die "sozialpolitischen Lasten" Sturm laufen, die Löhne herabsetzen, die Steuern auf die Massen abwälzen, die Produktion rücksichtslos sabotieren um den Widerstand der Massen zu

zu brechen. Sie wird dem Bankerott dieser Wirtschaft durch eine verheerende Zollpolitik aufzuhelfen versuchen. Unerträgliche Teuerung, Riesige Arbeitslosigkeit, sichere Zollrepressalien der anderen Länder, weiterer Untergang der Produktion, Zerrüttung der Staatsfinanzen, weitere Beamtenentlassungen, Zusammenbruch der Währung, vollständige Expropriation des Kleinbürgertums, Hungertod des Proletariats das ist die Perspektive der bürgerlichen Sanierung.

18.) Die Sozialdemokratie hat diese Politik der Bourgeoisie ermöglicht. Sie ist vom ersten Tage ihrer Wirksamkeit in der Republik für den Aufbau der kapitalistischen Wirtschaft eingetreten. Sie hat jeden Versuch des revolutionären Proletariats, die Bourgeoisieherrschaft zu stürzen, zu nichtem gemacht. Sie hat beim Zusammenbruch den Anschluss an das Deutschland der Arbeiter und Soldaten-Fräse verhindert, wie sie im 19-er Jahr die Vereinigung mit der bayrischen und ungarischen Arbeiterrepublik unmöglich machte und damit eine der entscheidendsten Schlachten der Weltrevolution zu Gunsten der Bourgeoisie entschied. Wenn sie heute gegen den Genfer Vertrag auftritt, der mit ihren Stimmen beschlossen wurde, wenn sie der Ausplünderung der Massen durch die ausländische Bourgeoisie entgegenstellt: die "nationale" Parole der Ausplünderung durch die eigene wenn sie durch ihre Schwindelopposition und ihren Maulradikalismus die Massen über ihren wahren Charakter als verlässlichste und wirksamste Stütze der Bourgeoisierepublik zu täuschen sucht, dann wird die K. P. ihre Heuchelei und arbeiterfeindliche Politik vor den Massen entlarven an den Attentaten und Raubzügen die von der Seipelregierung mit Unterstützung und Hilfe der Sozialdemokratie täglich an den Massen verübt werden.

19.) Die K.P. wird rücksichtslos und unerbittlich den Kampf führen gegen jede bürgerliche Sanierung und ihre mörderischen Folgen für das Proletariat. Sie wird die Macht der bürgerlichen und sozialdemokratischen

sozialdemokratischen Parteien brechen und im Verein mit den kommunistischen Parteien der Donauländer die einzig mögliche Sanierung unter der Diktatur des Proletariats im Rahmen der Föderation der Donau-Räte-Republiken verwirklichen.

0.) Dieser Kampf gegen die Sanierung des Hungertodes und der Kampf um die Föderation der Donau-Räte-Republiken stellt der K. P. Oe. folgende Aufgaben:

II.

Aussenpolitik.

Engstes Zusammengehen der K.P.en der Donauländer Bildung gemeinsamer Organe für politische, wirtschaftliche, militärische und nationale Angelegenheiten. Gemeinsamer Kampf gegen alle Massnahmen die die Donauländer wirtschaftlich und politisch von einander trennen. Kampf für die politische und wirtschaftliche Annäherung der Donauländer auf dem Boden des gemeinsamen proletarischen Interesses Kampf gegen die Unterdrückung der nationalen Minderheiten. Kampf für das Selbstbestimmungsrecht und für die vollständige nationale Freiheit aller Völker an der Donau. Gemeinsamer Kampf im Falle eines Krieges. Unterstützung Sowjetrussland. Gemeinsamer Kampf um Befreiung der Donauländer von politischem, wirtschaftlichem und nationalem Joch, der Bourgeoisie gemeinsamer Kampf um die Diktatur des Proletariats unter der Losung: Föderation der Donau-Räte-Republiken als eines festen Stützpunktes des proletarischen Europas.

III.

Innenpolitik.

I. Wohnungsfrage.

Das von den Christlichsozialen mit den Stimmen der Sozialdemokraten beschlossene Mietergesetz hat alle durch den Arbeiterrat eroberten Rechte zu nichte gemacht. Die K.P. muss zur Linderung des proletarischen

proletarischen Wohnungselends mit ganzer Kraft die Mieter mobilisieren für den Kampf um die Organisierung der Mieterräte, um die Abschaffung der reaktionären Mieterkommissionen, um die ausschliessliche Kompetenz der Mieterräte betreffs Entscheidung in sämtlichen Wohnungs- und Mieterangelegenheiten. (Anforderung und Zuweisung aller von ihnen als überflüssig deklarierten Wohnräume. Festsetzung des Mietzinses, Kündigungen etc.) Um den erhöhten Schutz für Untermieter, die heute ~~ka~~ vogelfrei sind, um eine grosse zinsenlose Zwangsanleihe der Banken und Grossindustriellen für Wohnbauzwecke.

II. Gemeindepolitik.

Die Gemeinde sorgt anständig für die Blinden, Trunksüchtigen, Wahnsinnigen, Krüppeln etc. bis zum Begräbnis und der Einäscherung. Für die lebendige Arbeitskraft trägt sie keine Fürsorge. Wir fordern: Kommunalisierung aller Brotwerke und Staffelung der Brotpreise nach dem Einkommen. Unentgeltliche Abgabe von Brot, Kleidern, Wäsche, Holz, Kohle, elektrischem Licht und Gas für Arbeitslose und Erwerbsunfähige. Investitionen für Zwecke der produktiven Arbeitslosenfürsorge. Staffelung der elektrischen ~~ka~~ Licht und Gaspreise nach Einkommen. Errichtung von Arbeiterfachhochschulen an denen Arbeiter für die Führung der Betriebe technisch und kommerziell ausgebildet werden. Unbedingte Einhaltung des Achtsturentages in allen Gemeindebetrieben.

III. Gewerkschaft.

Kampf um die Umorganisierung der Gewerkschaft in Industrieverbände. Kampf um die ~~Aufgabe~~ ^{Aufgabe} aller der R.G.J. angeschlossenen Organisationen und Verbände ~~ind~~ die Internationalen Berufsverbände. Organisierter Kampf um die Wiederaufnahme aller wegen revolutionärer Tätigkeit ausgeschlossenen Gewerkschaftsmitglieder. Kampf gegen die Arbeitszeitverlängerung und Ueberstundenarbeit. Kampf für unversehrte Aufrechterhaltung des Achtsturentages und für die 44-stündige Arbeitswoche. ~~ka~~

Arbeitswoche. Kampf gegen die technische Nothilfe und das Streikbrechertum und für das Streikzwangsgesetz. (Beschliesst die Gewerkschaft oder die Mehrheit eines Betriebes den Streik, so müssen sich alle dem Streik anschliessen. Die Arbeitnehmer die trotz des beschlossenen Streiks weiter arbeiten, und die Arbeitgeber, die solche Arbeit zulassen, oder neue Arbeiter aufnehmen, müssen strafrechtlich verfolgt werden.) Kampf gegen den Schwindelindex und für die Festsetzung durch die Arbeiterkammer unter Kontrölle der proletarischen Oeffentlichkeit. Kampf für einen gesetzlichen Minimallohn in der Höhe des Friedenreallohnnes für alle Arbeiter, Angestellten und Beamte. Kein Kollektivvertrag ohne die 44-stündige Arbeitswoche, den Friedensreallohn und die Einstellung der Arbeitslosen in die Betriebe.

IV. Betriebsräte.

Neben den Gewerkschaften muss die Organisation der Betriebsräte aufgebaut werden. Dem Prinzip der paritätischen Kommissionen stellen wir das reinproletarische entgegen. So allein bekommen die Betriebsräteorgane eine entscheidendere ~~KXXXX~~ Bedeutung in allen Fragen der Produktionskontrölle, der Arbeitsverhältnisse und Bedingungen. Daraus folgt: Kampf um die Abschaffung der industriellen Bezirkskommissionen, Einigungsämter, Schiedsgerichte und paritätischen Lohnkommässionen und Kampf um ihre Ersetzung durch die vom Betriebsrätekongress gewählten Ausschüsse. Kampf um die volle Uebertragung der Kompetenz der genannten Kommissionen, Aemter und Gerichte auf diese Ausschüsse. Kampf gegen den Abzug der Einkommensteuer vom Lohn. Kampf gegen die Wahrenumsatzsteuer und Verbrauchssteuer, die den Konsum des Proletariats erdrosseln. Keine Steuer dem bürgerlichen Klassenstaat/ muss die Parole sein. Kampf um die Kontrolle der Preise und des Marktes. Kampf gegen die Teuerung durch Kontrollausschüsse der Betriebsräte. Kampf gegen die Sabotage der

der Bourgeoisie gegen Betriebseinschränkungen und Betriebssperre. Kampf um die Produktionskontrolle. Kampf um den Reichskongress der Betriebsräte.

V. Sozialversicherung.

Prinzip: Beitragsleistung, ausschliesslich durch die Unternehmer und den Staat. Ausschliessliche Verwaltung und Gerichtsbarkeit durch die Versicherten. Statuierung eines Existenzminimums in der Höhe des Friedensreallohnnes. Kampf um gesetzliche Fürsorge für alle gegen Lohn und Gehalt beschäftigten Personen, sowie für Kleingewerbetreibenden und Kleinbauern durch Ausdehnung der obligatorischen Kranken- und Unfallversicherung auf dieselben, durch Einführung der obligatorischen Alters- und Invaliditätsversicherung und Witwen- und Waisenversorgung. Gewährung von vorübergehenden Unterstützungen und dauernder Renten unter Statuierung eines Existenzminimums in der Höhe des Friedensreallohnnes und Gehaltes. Abschaffung der Karrensfrist. Ausdehnung der Unfallversicherung auch auf die sich ausserhalb des Betriebes ereignenden Fälle. Ausdehnung der Krankenunterstützung auf die ganze Dauer der Krankheit. Statuierung eines Existenzminimums bei der Arbeitslosenversicherung in der Höhe des Friedensreallohnnes. Die Dauer der Unterstützung muss mit der Dauer der Arbeitslosigkeit identisch sein. der Altersrentenbezug beginnt spätestens mit dem 50. Lebensjahr. Schaffung einer einheitlichen und einfachen den Zwecken der Versicherung entsprechenden Organisation. Die Grundlage bilden die örtlichen Kassen die bei vorübergehender Erwerbsunfähigkeit Unterstützung gewähren, während sie zu territorialen Kassenverbänden vereinigt, die dauernden Renten bei der Invaliditäts- und Altersversorgung bei der Witwen- und Waisenversorgung ~~XXX~~sichern. Die vereinheitlichen Zusammenfassung des ganzen Versicherungsgebietes, hat unter Mithilfe der Betriebsräteorgane durch einen Reichsverband und durch die Errichtung eines

eines Reichsversicherungsamtes zu erfolgen. Die Versicherungsinstitute und die Organe der Betriebsräte erlassen die Verordnungen zur Verhütung von Betriebsunfällen und Berufskrankheiten, ebenso überwachen sie die Fabriken, Werkstätten landwirtschaftlichen Betriebe und Arbeitsplätze.

VI. Arbeitslose.

Auszahlung des durchschnittlichen Arbeitslohnes als Arbeitslosenunterstützung. Bis zur Erfüllung dieser Forderung: Freie Wohnung, Licht und Beheizung, freie ärztliche Behandlung, Medikamente und Milch für die Kinder der Arbeitslosen, gewährleistet durch die Gemeinde. Freie Fahrt von und zur ~~ANNAHMESTELLE~~ Auszahlungsstelle, Investitionen für produktive Arbeitslosenfürsorge, durch Staat und Gemeinde, unter Kontrolle und Mitverwaltung und freigewählten Vertretern der Arbeitslosen. Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung während der ganzen Dauer der Arbeitslosigkeit auch an die Arbeitslosen der Landgemeinden. Einstellung der Arbeitslosen in die Betriebe durch Verbot aller Arbeitszeitverlängerung, Ueberstundenarbeit etc. Uebernahme aller Lasten der Arbeitslosenfürsorge durch Staat und Unternehmung.

VII. Frauen.

Ausbau der Arbeiterinnenschutzgesetze. Ausnahmsloses Verbot der Nachtarbeit, Einführung der 44-Stundenwoche für die Frauen in allen Betrieben, restloses Verbot der Verwendung von Frauen bei gesundheitsschädlichen Arbeiten. Vermehrter Wöchnerinnen und Säuglingenschutz. Arbeitsbefreiung der Schwangeren acht Wochen vor und acht Wochen nach der Entbindung, bei gleichzeitiger Fortzahlung des vollen Lohnes. Unentgeltliche Geburtshilfe. Errichtung von Mütter- und Säuglingsheimen. Kinderrippen und Stillstuben in den Betrieben u.s.w. Beseitigung des § 144 - 148 des Strafgesetzes. (Abtreibungsparagraph.)

VIII. Jugend.

Tatkräftigste Unterstützung des Kampfes der K.J. um die Einhaltung der 44-Stundenwoche bei den Lehrlingen und dem Vierwochenurlaub und die Verlegung des Schulunterrichtes in die Arbeitszeit sowie die Bezahlung aller Unterrichtsbehelfe durch die Unternehmer, für freie Fahrt von und zur Schule, entsprechende Entlohnung der Lehrlinge deren Aufnahme in den Kollektivvertrag und Gleichberechtigung in den Gewerkschaften. Für die Ausgestaltung der Lehrlingsberatungsstellen. Errichtung staatlicher Lehrlingserholungsheime auf Grund des Schlösserenteignungsgesetzes. Für obligatorische, fachliche Ausbildung der jugendlichen Hilfsarbeiter nach denselben Grundsätzen wie bei den Lehrlingen. Drakonische Bestrafung jeder Lehrlingsschinderei. Für diese Forderungen ist der Kampf zu führen bis zur Abschaffung des Lehrlingswesens durch Errichtung staatlicher Lehrwerkstätten.

IX. Wehrmacht.

Verhinderung des offenen und versteckten Abbaues. Ergänzung des Standes der Wehrmacht bis zu der im Friedensvertrag vorgesehenen Höhe. Kontrolle der Werbungen durch die Vertrauensmänner der Soldaten. Ausschliessliche Anwerbung gewerkschaftlich organisierter Arbeitsloser. Wiederherstellung der vollen Rechte der Vertrauensmänner wie sie zur Volkswehrzeit bestanden. Anerkennung des Kontrollrechtes der Vertrauensmänner über die Offiziere. Entfernung aller reaktionären Offiziere und Unteroffiziere aus der Wehrmacht. Zulassung der Wehrmänner zur Offizierslaufbahn ohne Rücksicht auf die Vorbildung. Anerkennung der uneingeschränkten staatsbürgerlichen Rechte der Wehrmänner. Abschaffung des reaktionären Militärstrafgesetzes und Ersetzung durch ein Disziplinargesetz, das den Wehrmann in disziplinärer Hinsicht der Willkür der Offiziere entzieht. Kampf um die materielle Besserstellung der Wehrmänner. Volle Einbeziehung der bereits abgebauten Wehrmänner in die Arbeitslosenversicherung ohne

ohne Einrechnung der Abfertigung.

X. Genossenschaften:

Heranziehung der Mitglieder zur regen Mitarbeit unter besonderer Berücksichtigung der Frauen und Verwirklichung der Demokratie innerhalb der Konsumgenossenschaft. Grundsätzlicher Verzicht auf die Dividende die zur Schwächung der Konsumgenossenschaften führt und Verwendung der erzielten Gewinne zur Stärkung der Konsumgenossenschaften Bildung von Spezialfonds zur Unterstützung von Streik etc. Kampf für die volle Steuerfreiheit der Konsumgenossenschaften. Kampf gegen das moderne ~~M~~ Trucksystem, ~~Das~~ in den Werkskonsumvereinen ~~die~~ von den Unternehmern unterhalten werden wieder aufblüht. Umstellung der genossenschaftlichen Kleinarbeit und Propaganda auf das Endziel der Arbeiterklasse. Vertiefung der genossenschaftlichen Beziehungen zu den Sowjetgenossenschaften.

XI. Landarbeiter und Kleinbauern:

Ausdehnung der Sozialversicherung auf die Landarbeiter und vollständige Gleichstellung mit den Industriearbeitern. Ausreichender Schutz für die Pächter, Abschaffung der die Landarmut belastenden Servitute. Einsetzung von aus Landarbeitern bestehenden Kommissionen zur Regelung der Deputate. Weiderecht für das Kleinvieh der Landproletarier, Jagd und Fischereirecht für die Landarmut. Die ~~RHY~~ Raiffeisenkassen die heute ausschliesslich unter Herrschaft der Grossbauern stehen und die landwirtschaftlichen Hypothekarkassen sind umzuwandeln in gemeinwirtschaftliche Institute unter Verwaltung der Landarmen die die Produktion auf genossenschaftliche Basis zu Gunsten der Landarmut zu heben und die Besserung der Wohnungs- und Lebensverhältnisse in Angriff zu nehmen haben. Wir fordern Steuerfreiheit für die Landarmen und progressive Grund- und Einkommensteuer auf die Schultern der reichen Bauern. An Stelle des bestehenden Rates der Grossbauern hat ein Rat der Landarbeiter (Or-

(Organisation der Gutsräte) und landarmen Bauern zu treten. Die K.P. wir für alle diese Forderungen den Kampf führen bis das vereinte Stadt-und Landproletariat mit der Aufrichtung der Diktatur des Expropriierung des Grossgrundbesitzers und seiner Forst-und Jagdgründe sowie die Beschlagnahme aller Kirchengüter und ihre Uebergabe in die Hände der Landarmut erzwingen wird.(N.B.Die Ausarbeitung eines ausführlichen Agrarprogrammes muss sich die Partei vorbehalten

III. Organisatorisches:

Alle diese Aufgaben welche den Lebensnotwendigkeiten des Proletariats entspringen, kann nur eine K. P. erfüllen, die auf Grundlage der Betriebszellen organisiert ist und dadurch in den Massen ~~XXX~~ verwurzelt mit sich vorwärts führt. Daher ist es Aufgabe der K. P. Oe.

die Umstellung auf Betriebszellen nach den Richtlinien der K.I. schleunigst durchzuführen und auf dieser Grundlage den Kampf aufzunehmen. Jedes Mitglied ist verpflichtet seiner Betriebszelle anzugehören, und an ihren Arbeiten aktiv teilzunehmen, in dem revolutionären Block seiner Gewerkschaft organisiert zu ~~XXXX~~ sein, sein Partei- wie Blockorgan zu abonnieren und zu verbreiten, bei Diensttauglichkeit dem ~~KXXXXXXXKXXXX~~ republikanischen Schutzbund anzugehören, dem Parteiordnerdienst nach Weisung zur Verfügung zu stehen.

Die wöchentliche Berichterstattung der Zelle an die Zentrale ist obligatorisch einzuführen. Der Parteivorstand hat im Rahmen der allgemeinen politischen Einstellung neben der Schätzung der politischen und wirtschaftlichen Lage die Berichte der Betriebszellen ~~zu~~ zur Grundlage seiner Arbeit zu machen. Die Beteiligung der Parteimitglieder an der Parteiarbeit darf keine zufällige sein, im Rahmen der zu lösenden Parteiaufgaben muss jedes Mitglied seine Arbeit zu-

zugewiesen erhalten und ist für ihre Durchführung verantwortlich. Die Parteipresse hat wenigstens die Hälfte ihres Raumes für die Berichte aus den Betrieben zur Verfügung zu stellen. Alle Kosten und Ausgaben der Partei und Presse sind vor allem aus Eigenem zu bestreiten.

XIII. Bildungsarbeit:

Neben den Kursen für Vorgeschrittene sind im Rahmen der Betriebs- und Strassenzellen Bildungszirkel zu organisieren, denen anzugehören jedes Mitglied verpflichtet ist. Jedes neueintretende Mitglied wird seiner Bildungszelle zugewiesen und dort mit den wichtigsten Grundsätzen und Thesen der K. I. vertraut gemacht. Es darf kein Mitglied ohne Kenntnis der Grundsätze des Kommunismus geben.

XIV. Parteiwehrorganisation:

Ist so auszubauen, dass sie allen an sie gestellten Anforderungen gerecht werden kann.

Aktionsprogramm

A. Politische Linie und Taktik / I. Innenpolitisch

1. Die Zentralisierung für Oesterreich: Gegen Genf und Seipelregierung, für die Arbeiter- und Bauernregierung!

b) Aktion gegen die Teuerung, Zuspitzung gegen die Zölle und nachher gegen den Raub des Mieterschutzes, gegen die Erhöhung der Wohnbausteuer etc.

c) Kampf um die Angleichung der Löhne (Index) bei prinzipieller Aufrechterhaltung der Forderung nach Friedensreallohn.

d) Aufnahme des Kampfes um den Achtstundentag als politischen Kampf, d.h. die politische Machtfrage für die Arbeiterschaft muss hier unermüdlich aufgezeigt werden.

e) Gegenüber dem überdies nur zum kleinen Teil erfolgreichen Versuch den Staatshaushalt durch Massensteuern zu sanieren, stärkste Hervorhebung der alten Lesung: Alle Staatslasten auf die Schultern der Bourgeoisie!

f) Kampf für die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung und ihre ausnahmslose Ausdehnung auf alle Arbeitslosen; für sofort aufzunehmende produktive Arbeitslosenfürsorge durch den Staat mit zwangsweiser Heranziehung des Kapitals. Im Uebrigen muss die Aktion für die Arbeitslosen im engsten Verein mit den sonstigen wirtschaftlich - gewerkschaftlichen und politischen Kämpfen vor allem aber mit dem Kampf um den Achtstundentag geführt werden.

g) Unter diesen Lesungen und der Revolutionierung der Gewerkschaften gründliche Vorbereitung der Betriebsrätewahlen und Durchführung derselben, mit der Rahmenparole: Reichsbetriebsrätekongress, Schaffung einer Reichsbetriebsräteorganisation, vom lokalen bis zum Reichs' Aktionskomitee zur Kontrolle der Produktion etc etc.

h) Einreihung der Ländarbeiter und änderarmen Bauern in die Klassenfront des Proletariats, wobei - entsprechend den österreichischen Verhältnissen - zunächst das Schwergewicht der Propaganda der KPOe in der Gewinnung der Ländarbeiter zu liegen hat.

2. Parallel mit den wirtschaftlich-politischen Kämpfen eine breite, aktive Front gegen Reaktion und Faschismus.

a) Aktives Auftreten der KP gegen die Hakenkreuzler und übrigen Faschisten mit besonderer Berücksichtigung der Mobilisierung der Betriebe. (Möglichste Verhinderung der Versammlungen etc. alles aber in breitester Öffentlichkeit vor dem ganzen Proletariat und nicht in falscher Ueberschätzung der illegalen Arbeit in den Reihen der Faschisten) Hand in Hand damit politische Aufklärung und Entlarvung des Faschismus.

b) Kampagne für die Bewaffnung des Proletariats auf der Basis der Betriebe. Gegen die lendenlahme Führung der Arbeiterwehren. Weiseste Verstärkung unseres Einflusses in den Ordnerwehren durch strengsten Parteauftrag, bis zum letzten Mann in die Ordnerwehren einzutreten

e) Scharf zugespitzte Behandlung der Wehrmachtsfrage. Rege Arbeit in der Wehrmacht, mit ausgiebiger Unterstützung der revolutionären Soldatenbewegung und engster Zusammenarbeit mit dem Jugendverband.

d) Kampagne gegen die Klassenjustiz. Forderung nach Kommunalisierung der Polizei etc etc.

e) Zusammenfassung aller wehrhaften Kommunisten innerhalb der K.P. zu verwendbaren Formationen

II. Aussenpolitik

1

1. Propaganda für die Komintern. Stärkste propagandistische Ausnutzung der Macht der Komintern im Ausland. Andauernde Kampagne für Sowjetrussland.

2. Aufzeigung des aussenpolitischen Weges der österreichischen Arbeiterklasse: Anschluss an ein revolutionäres Deutschland. Ständiger und täglicher Kampf gegen die Preisgabe von Arbeiterinteressen auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet (Achtstundentag; Index!) und feiges Auskneifen vor dem Faschismus (Ordnungstreuen). Diese Politik aber in einer Form die den Anschluss an jeden anderen noch vor Deutschland revolutionären Nachbarstaat nicht ausschliesst.

Nach gültigen sozial und national zwingenden Gründen dieser Aussenpolitik ist Deutschland jeder Perspektive nach dem Land der nächsten Revolution.

3. Entsprechend dieser Linie, neben einer engen Verbindung mit den kommunistischen Parteien der Donau- und Balkanländer, engste und kontinuierliche Zusammenarbeit mit der K.P.D., Stärkste Ausnutzung der Ereignisse in Deutschland.

4. Kampagne für Beendigung der Auslandskontrolle.

5. Unter der Leitung der Komintern

6. Unter der Leitung der Komintern Einberufung einer Konferenz der K.P. in den dem Genfer Vertrag angeschlossenen Ländern zur Vorbereitung einer mindestens parlamentarischen zu gleicher Zeit überall einsetzenden Demonstrationsaktion in den betreffenden Staaten gegen den Genfer Vertrag und damit gegen den Völkerbund. (Im Herbst anlässlich der zweijährigen Bestandes.)

III. Taktik gegen die Sozialdemokratie

1. Ständiger und täglicher Kampf gegen die Preisgabe von Arbeiterinteressen auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet (Achtstundentag; Index!) und feiges Auskneifen vor dem Faschismus (Ordnungstreuen).

2. Brandmarkung der versteckten Koalitionspolitik (Genf, Zölle etc) Ständige Wachhaltung der Aufmerksamkeit des Proletariats auf die Kontraste offene Koalition. Unausgesetzte Vorwertung der Verbrechen ihrer taktisch weniger klugen Bruderparteien im Ausland (Deutschland, England etc)

3. Entsprechend den Machtverhältnissen innerhalb des österreichischen Proletariats. Fortsetzung der Einheitsfronttaktik bei strengster Beachtung der Lehren der deutschen Oktoberereignisse. Gründliche Vorbereitung und Vertiefung jedes Einheitsfrontschrittes; starker Ausbau der Einheitsfronttaktik in lokalen sowie im Massstab des Betrübes, wobei wahrscheinlich der örtliche Kampf gegen Reaktion und Faschismus eine Hauptrolle spielen wird.

4. Peinlich genaue Beobachtung und möglichste Ausnutzung der auftretenden Differenzen in der S.P.Oe. / Aufnahme der seit Jahren vernachlässigten Zellennarbeit in der S.P., wenn auch selbstverständlich der Hauptkampf in offener politischer ist.

in offener politischer ist.
in offener politischer ist.

IV. Zusammenfassung und Losungen

Bei aktivster Führung des alltäglichen, aktuellen Kampfes ist die K.P. die einzige Partei die ein Stück Weg aufzuzeigen imstande ist. Dieser Weg ist : Bei kommunistischer Anwendung der Einheitsfronttaktik und fortschreitender Verlegung der Arbeit in die Betriebe, in zusammengefassten wirtschaftlich-politischen Kampfe die Massen zu mobilisieren - über Tagesfragen hinaus Machtfragen aufzuwerfen deren Formel in Oesterreich gegenwärtig nur die Arbeiter und Bauernregierung lauten kann. Hand in Hand mit der aufgezeigten Innen- und Ausserpolitik, geht das Wachsen der K.P.Oe. als Partei vor sich .

Die Losungen der K.P.Oe. sind für die nächste Periode :

1. Alle Lasten auf die Schultern der Bourgeoisie !
2. Gegen Teuerung, Zölle und Abbau des Mieterschutzes
3. Für raschwirkende Angleichung der Löhne an die Teuerung, für Friedensreallohne.
4. Gegen jeden Abbau des Achtstundentages
5. Für produktive Arbeitslosenfürsorge auf Kosten des Kapitals, für ausnahmslose Unterstützung aller Arbeitslosen in der Höhe des Durchschnittslohnes.
6. Reichsbetriebsrätekongress und Reichsorganisation der Betriebsräte zur Kontrolle der Produktion !
7. Zerschlagung des Faschismus!
8. Bewaffnung des Proletariates !
9. Gegen die Reaktion an der Wehrmacht !
10. Gegen Genf und Auslandskontrolle !
11. Gegen die Seppelregierung !
12. Gegen die versteckte und offene Reaktion !
13. Einheitsfront des Proletariates gegenüber Staat Bourgeoisie und Faschismus !
14. Anschluss an das revolutionäre Proletariat der ganzen Welt !
Anschluss an das revolutionäre Deutschland !
15. Für die Arbeiter und Bauernregierung !

A n h a n g

Die Weltwirtschaftskrise ist nicht gelöst. Wenn auch z.B. im letzten Augenblick in Deutschland ein Aufhalten der Inflation und Geldentwertung gelungen ist, so zeigen die bald darauf einsetzenden Riesenkämpfe um die Weltwirtschaft, dass aus wirtschaftlichen Notwendigkeiten heraus, trotz der "Stabilisierung" gewaltige Klassenkämpfe entstehen müssen.

Wenn auch in Frankreich, England und anderen Westeuropäischen Staaten der demokratische Illusionismus gestiegen ist, so bedeutet dies, da sich die Massen eher bürgerlich und nicht revolutionär denkender Massen zum Illusionismus hin entwickeln, im Grunde genommen zugleich auch den Beginn eines Desillusionierungsprozesses, der Hand in Hand mit der wirtschaftlichen Desorganisation dieser Länder zur Revolutionierung führt.

In Oesterreich der Kolonie des Völkerbundes gelang es diesem und seinen Statthaltern, eine andauernde Stabilität der Währung und eine Verringerung des Staatsdefizits herbeizuführen. Aber nur scheinbar! Die geringste Forderung der Staatsbeamten reißt es wieder von neuem auf. In Uebrigen besteht die "Sanierung" in der skrupellosesten Ausbeutung der Massen durch Massensteuern, Steuern, Zölle und Tarife, aus der Veranschäuflichung der Inflation durch das gestörte Treiben der Börse und Banken, aus der Vernichtung tausender Arbeiter und Menschen durch Arbeitslosigkeit und Abbau von unversenkten und von der Regierung geduldeten und geförderten Rüstungen der Reaktion, aus Lohnsenkungen und Massenelend und aus offenen Vorbereitungen zur Abschaffung des Achtstundentages und aller übrigen sozialen Errungenschaften des Proletariates.

Der scheinbaren Stabilisierung der Verhältnisse und der Tatsache, dass die entscheidenden Kämpfe erst jetzt in Oesterreich einsetzen, hat es die Sozialdemokratie, deren Scheinopposition die "Sanierung" erst ermöglicht hat, zu danken, dass sie noch den Einfluss auf die grossen Massen des österreichischen Proletariates hat. Die stets schärfer werdende Zuspitzung der Verhältnisse Oesterreichs aber und die schon begonnene Desillusionierung der österreichischen Arbeiterschaft, setzt die Kommunistische Partei Oesterreichs die Lage, die Massen zu erobern und in den vor uns liegenden Kämpfen zu erringen, die Führung zu erringen, wenn sie die im vorstehenden skizzierten Aufgaben erfüllt.

-.o.-.-.-

I. Fortschreiten der Weltkrise.

1.) Das Londoner Abkommen ist ein Versuch der Weltbourgeoisie, durch die Sanierung des Hauptkrisenherdes die Weltkrise zu liquidieren. Allein der Dawes-Pakt zwingt Deutschland zu einer gewaltig gesteigerten Ausfuhr und verschärft so die grundlegende Ursache der Weltkrise, den wachsenden Gegensatz zwischen den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen. Die Produktivkräfte wachsen, aber schneller noch wächst die Schwierigkeit, sie kapitalistisch in Bewegung zu setzen, d.h. ihre Produkte mit Profit abzusetzen. Das Londoner Abkommen führt also zu einer Verschärfung der wirtschaftlichen Gegensätze.

2.) Der politische Ausdruck davon ist das gesteigerte Ringen der Weltmächte nach Absatzmärkten. Die politischen Gegensätze zwischen den Weltmächten verschärfen sich. Da und dort flammen offene Konflikte empor (Marokko, Indien, China, Aegypten). Aber noch ist die Weltbourgeoisie imstande, sie zu lokalisieren. Darin besteht das Wesen der demokratisch-pazifistischen Ära, die zugleich nur eine Atempause ist, innerhalb welcher die imperialistischen Mächte ihre Rüstungen zu dem nächsten unvermeidlichen Weltkrieg vollführen.

II. Die Lage in Deutschland.

1.) Für Deutschland wird sich der Dawes-Pakt auswirken als potenzierte ^{bessert} Auswirkung des schon zur Kulistufe herabgedrückten Proletariats. Die Dawes-Praxis wird die revolutionäre Zuspitzung treibhausartig fördern. Aber zunächst führte und führt das Dawes-Abkommen zu der Illusion breiter Massen als ob es ohne Kampf zu einer Besserung ihrer Lage kommen könnte. Der ^{politische} Ausdruck dieser Illusionen ist die Wahlniederlage der K.P.D. Eine Million Sympathisierender haben sich von der Partei der Revolution losgelöst. Die Partei der Reformisten, die ~~es~~ aber vermochte, darüber hinaus noch eine 2. Million an sich zu ziehen. Und das bei einer, sich zuspitzenden Lage. Nur eine sehr geringe

regional der vom 5. Weltkongress beschlossenen Einheitsfrontpolitik kann diesen Illusionen der Massen wirksam begegnen. Das die K.P.D. dies nicht getan hat, ist neben dem Terror eine der Hauptursachen der Wahlniederlage.

2.) Die deutsche Bourgeoisie ist entschlossen, die Gesamtlasten des Dawes-Faktes auf das deutsche Proletariat zu wälzen. Die S.P.D. wird sie darin unterstützen, aber sie wird es tun, aus der Opposition heraus in Scheinpositionellen Formen. Diese politische Form der Unterstützung der Bourgeoisie durch die S.P.D. wird trotz der wachsenden wirtschaftlichen, sozialen, politischen Gegensätze die Mobilisierung der Massen erschweren. Bei richtiger Anwendung der politischen, gewerkschaftlichen, organisatorischen Beschlüsse des 5. Weltkongress wird die K.P.D. trotz dieser Schwierigkeiten die Massen in wachsender Masse in Tiefe und Breite für die Revolution organisieren.

III. Sowjetrussland.

1.) Die internationale Position der Sowjetmacht wird immer fester. Eine kapitalistische Macht nach der anderen ist gezwungen sie anzuerkennen.

2.) Im Innern hat eine Kette von Missernten eine schwierige Lage geschaffen, in der Landwirtschaft, die sich die Kulaken, die Mittel- und Grossbauern zu Nutzen zu machen versuchen. Die Industrie verbessert sich, kann aber nicht rasch genug den Wahren-Hunger der Bauern stillen. Da die Auslandskapitalisten ausgiebige Kredite an Bedingungen knüpfen, deren Annahme die Liquidierung des proletarischen Charakters der Revolution bedeuten würde, muss die Sowjetmacht zur Stillung des Warenhungers den, bei solcher Lage einzig möglichen Weg betreten, durch Steigerung der Intensität der Arbeit den Ertrag der industriellen Produktion zu steigern, auch wenn dadurch Unzufriedenheit bei einem Teil der Arbeiterschaft hervorgerufen wird. Die Sowjetmacht wird diese Schwierigkeiten überwinden, aber sie kann das bei der gegebenen Lage mit Erfolg nur tun, wenn sie absolut geschlossen dasteht. Darum war das Vorgehen des Z.K. der K.P.R. gegen Trotzki richtig und notwendig im weltrevolutionären Interesse.

3) Die Sowjetmacht ist ein Ham an ~~Kassa der Weltbourgeoisie~~
Mehr noch, Sowjetrußland ist einer der grössten Absatz- und An-
lagemärkte und zugleich eine der grössten Rohstoffquellen. Und dieser
gewaltige Markt steht der Weltbourgeoisie nicht so offen, wie sie es
möchte und brauchte, nämlich offen zur kapitalistischen Ausbeutung.
Alle Anzeichen deuten daraufhin, dass die Weltmächte den inneren
Widerspruch des Londoner Abkommens (einerseits Steigerung des deut-
schen Exports, andererseits Sperrung des englischen, französischen,
amerikanischen Marktes gegen deutsche Waren) dadurch lösen wollen,
dass sie der deutschen Industrie, sie von den anderen Märkten ab-
schneidend, auf den russischen Markt "verweisen" und die deutsche
Bourgeois-Republik als Begegnung benutzen wollen, um dem Weltkapital
den russischen Markt gewaltsam zu öffnen. Der Krieg der kapitali-
stischen Mächte gegen die Sowjetmacht ist im Anzuge.

Durch die Organisation der Revolution arbeiten die kommunisti-
schen Parteien diesen imperialistischen Plänen wirksam entgegen,
keinen Augenblick sich und alle Proletarier darüber im Zweifel
lassend, dass die Erhaltung der Sowjetmacht für das Weltproletariat
eine Frage auf Tod und Leben ist.

IV. Die Lage in Oesterreich.

1.) Fortschreiten der Krise in Oesterreich.

In Oesterreich hat die Weltbourgeoisie schon früher den Versuch der
Sahierung begonnen durch das Genfer-Abkommen. Aber gerade der Dawes-
Pakt hat die ^{II} Heilen dieser Scheinsahierung zerrreisend, die wahre
Lage Oesterreichs enthüllt. Die Ruhrkonjunktur hat Oesterreich belebt.
Indem der Dawes-Pakt den Ruhrkrieg liquidierte, hat er auch der
Ruhrkonjunktur ein Ende gesetzt und so tritt gerade jetzt hervor,
dass die grundlegende Ursache der Weltkrise, der Widerspruch zwischen
Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, auch in Oesterreich
weiterwirkt und hier sogar in noch verschärfter Masse. Der Wider-
spruch zwischen der Grösse des Produktionsapparates und der Mög-
lichkeit, seine Produkte abzusetzen, ist nirgendwo grösser als in
Oesterreich, weil der Innenmarkt relativ ungenügend klein. Der Innen-

unter der Wucht der kapitalistischen Sanierungspolitik sind die Masse des oesterreichischen Proletariats aus ihrer Illusion erwacht, der Genfer Vertrag werde ihnen eine, wenn auch leise Verbesserung ihrer Lage bringen. Sie beginnen in Bewegung zu geraten (Eisenbahner, Metallarbeiter, Postler, Telephon- und Telegraphenangestellte). Die Massen beginnen sich zu wehren und treten ein in den Kampf für ihre Tagessorgen, ^{In den Kampf} um eine Besserung ihrer Lage.

Allein die grosse Masse des oesterreichischen Proletariats ist noch weit davon entfernt, die Ursachen ihrer traurigen Lage in der sozialdemokratischen Politik zuerkennen. Die grosse Masse des oesterreichischen Proletariats, und selbst die grosse Masse der, mit der sozialdemokratischen Politik bereits unzufriedenen sozialdemokratischen Arbeiter, haben noch immer die Ueberzeugung: es gelte, die sozialdemokratische Partei zur Alleinregierung oder, was im Bewusstsein dieser Massen nur eine Brücke sein soll, zur sozialdemokratischen Alleinregierung, die S.P. in eine Koalitionsregierung mit ~~mit~~ ausschlaggebendem Einfluss zu bringen; dann werde es zwar kein Paradies geben, aber die Lage der Arbeiter werde sich zu bessern beginnen. Diese Illusionen werden von der sozialdemokratischen Führerschaft desto mehr genährt, je mehr sie entschlossen ist, die Dienste, die die Bourgeoisie von ihr erwartet, zu erfüllen.

Die S.P. ist trotz mancher Abbröckelungen im kleinen noch tief in den Massen des oesterreichischen Proletariats verankert. Ihre, die kapitalistische Sanierung fördernde Politik, ist durch die oppositionelle Form, in der sie betrieben wird, den Massen schwer durchsichtig.

5.) Die K.P.

Die Lage in Oesterreich ist in revolutionärer Zuspitzung begriffen, sie ist revolutionär. Die Revolution organisieren, alle ihre politischen, gewerkschaftlichen, organisatorischen Massregeln ideell und praktisch auf den bewaffneten Aufstand auszurichten, ihn ideell und praktisch vorzubereiten, das ist die Aufgabe, die heute allen anderen

... liegen muss

Diese Partei muss mit den Massen wieder Fühlung gewinnen, muss sie in ihrem Abwehrkampf vorwärts treiben, die Front des kämpfenden Proletariats verbreitern, wirtschaftlichen und politischen Kampf wechselseitig miteinander verknüpfen, die Kämpfe zusammenfassen und alle Kämpfe auf die Machtfrage zuspitzen, auf die Arbeiter- und Bauernregierung. Dabei darf sie keinen Zweifel darüber lassen, dass die Arbeiter- und Bauernregierung keine parlamentarische Kombination ist, auch nicht eine sozialdemokratische Mehrheits- oder Minderheitsregierung, sondern eine Regierung, die unter Führung des Proletariats sich stützt auf die werktätigen Massen, auf die Arbeiter, Angestellten, Beamten, in Stadt und Dorf, auf die ausgebeuteten Kleinbürger und Kleinbauern, sich stützt auf ~~ihre~~ ^{die} Machtorgane der Werktätigen, die Betriebsräteorganisation, die Ordnerwehr usw. Die K.P. muss die proletarische Gesamtbewegung in kommunistische Richtung lenken und sie in wachsender Masse unter die Führung der K.P. bringen.

Diese Aufgaben wird die Partei desto besser erfüllen, je besser sie ihre Arbeiten in den Gewerkschaften gestaltet und je schneller sie die Parteiorganisation auf die Betriebszellen umstellt.

Alle diese Aufgaben wird die K.P. erfolgreich bewältigen bei Anwendung der, vom 5. Weltkongress ~~beschlossenen Taktik~~ für Länder in denen die S.P. noch eine grosse Macht darstellt - und dazu gehört Oesterreich - beschlossenen Taktik: "Einheit von unten und gleichzeitig Spitzenverhandlungen, diese Methode muss ~~zum~~ oft in den Ländern angewendet werden, in denen die Sozialdemokratie noch eine bedeutende Macht ist. Diese Spitzenverhandlungen dürfen die Partei in ihrer kommunistischen Selbständigkeit nicht binden. Die Grundlage für die Einheitsfronttaktik muss jedoch auch in diesem Falle die Einheit von unten bleiben."

Der Beschluss Einheitsfronttaktik nur von unten zu treiben steht nicht nur im Widerspruch mit den Beschlüssen des 5. Weltkongresses, sondern bedeutet praktisch den Verzicht auf jede Einheitsfronttaktik und bedeutet weiter, da unter den gegebenen Kräftever-

verhältnissen in Oesterreich für die K.P. die einzig mögliche Taktik ist, den Verzicht auf jede Politik überhaupt. Diese Taktik hemmt die Ueberwindung der Isolierung der Partei. Die konserviert den sekten Charakter der Partei.

Aber auch die, vom 5. Weltkongress beschlossene Einheitfronttaktik wird der Partei nur Erfolge bringen, wenn sie richtig angewendet wird, d.h. wenn sie von einer richtigen Einschätzung der Sozialdemokratie ausgeht. Die Rolle der S.P. ist zweifellos konterrevolutionär, aber es muss taktisch ein Unterschied gemacht werden zwischen Führerschaft und Masse. Die sozialdemokratischen Führer sind objektiv und subjektiv konterrevolutionär. Die Masse der proletarischen Mitgliedschaft aber ist wohl objektiv konterrevolutionär eingestellt, jedoch subjektiv der ehrlichen Ueberzeugung, der Revolution zu dienen.

Die Partei muss die Illusionen der Massen zerstören. Dazu genügt nicht, dass blosse Wort, die Propaganda. Nur indem die Partei die Massen mobilisiert, nur im praktischen Erleben, in der Praxis des Kampfes verlieren die Massen ihre Illusionen und werden geführt auf die Bahn der Revolution. Aber um die Massen von den Illusionen zu befreien muss die Partei sich selbst vor Illusionen hüten. Nichts ist mit der Vorbereitung zum bewaffneten Aufstand weniger vereinbar als Illusionen. Nüchtern und klar die Lage erkennen, nüchtern und klar der Partei die Aufgaben stellen, die die Lage jeweils fordert und vor allem diese Aufgaben mit richtiger Taktik tatsächlich durchführen, so nur organisiert die Partei mit Wort und Tat die Revolution.

An den Lokalausschuss der

Lokalorganisation Meidling der K.P. Oesterreichs,

W i e n .

Liebe Genossen!

Als Mitglied Eurer Organisation habe ich das Recht, aber auch die Pflicht, Euch meine Stellungnahme in der so wichtigen Trotzki-Frage bekannt zu geben. Zugleich empfehle ich Euch, in diesem Sinne Stellung zu nehmen.

Man kann zu dem Vorstoss Trotzki's nur dann richtig Stellung nehmen, wenn man sich die gegenwärtige Lage Sowjet-Russlands vor Augen hält. Sowjet-Russland hat aussenpolitisch seine Lage sehr gefestigt, aber innenpolitisch ist die gegenwärtige Lage in Sowjet-Russland nach drei Richtungen hin sehr schwierig.

1.) Die Landwirtschaft ist infolge der aufeinanderfolgenden Missernten in einer misslichen Lage. Die Dorfarmut ist wirtschaftlich sehr stark hergenommen. Die Mittel- und Grossbauern (die Kulaken) haben weniger gelitten, konnten ihre Wirtschaft halbwegs beisammen halten und nützen nun die prekäre Lage auf dem flachen Lande nicht nur aus, um Herabsetzung der Steuern für sich zu erlangen, was die Balancierung des Budgets erschwert, sondern sie beginnen sogar in mehr oder weniger verkappter Form politische Forderungen zu stellen, z.B. die Forderung der demokratischen Gleichstellung mit dem Proletariat in Bezug auf das Wahlrecht zu den Sowjets. Also die Forderung nach der Beseitigung der privilegierten Stellung des Proletariats. Stellenweis sind die Kulaken schon zu direkt feindlichen offensiven Aktionen gegen die Sowjetmacht ~~ausgegangen~~ Übergriffungen (Ermordung einzelner Arbeiterkorrespondenten in den Dörfern). Diese feindselige Haltung der Kulaken ist umso gefährlicher, als die Sowjetmacht gegenwärtig objektiv nicht imstande ist, die Dorfarmut in dem Masse zu unterstützen, wie sie es selbstverständlich gerne möchte.

Die Lage auf dem flachen Lande ist aber umso schwieriger, weil die Bauernschaft gegenwärtig von einem gewaltigen Hunger nach Industrieartikeln erfüllt ist und die Sowjetmacht mit ihrer Industrie z.Zt. nicht in der Lage ist, diesen Warenhunger in genügendem Masse befriedigen zu können. Dies führt zum 2. Punkte.

2.) Auch die Lage der Industrie ist sehr schwierig. Während des Krieges und der Revolution wurde die technische Ausrüstung des Industrieapparates nicht verbessert. Zugleich ist der Verschleiss des Industrieapparates weiter fortgeschritten, ohne das in genügendem Masse ein Ersatz durch neue Produktionsmittel bisher hätte durchgeführt werden können. Die Industrie kann ihre Produktion daher nicht in dem Masse erhöhen und nicht so billig produzieren, wie es gerade jetzt notwendig wäre. Dieser Mangel könnte ziemlich schnell gehoben werden durch ausgiebige Kredite aus dem Auslande. Aber die Auslandskapitalisten stellen für die Gewährung ausgiebiger Kredite Bedingungen, denen stattzugeben, bedeuten würde, den proletarischen Charakter der Revolution zu liquidieren. Die Sowjetmacht kann solche Bedingungen nicht annehmen, es bleibt ihr daher zur Hebung des Produktionsertrages der Industrie nur die Möglichkeit, dies durch eigene Kraft zu erreichen, durch die Kraft des russischen Proletariats, durch dessen intensivere Arbeit.

3.) Gerade das aber ruft Unzufriedenheit auch auf einen dritten Gebiete hervor, nämlich, bei einem Teile der Arbeiterschaft selbst. Ein Teil der Arbeiterschaft versteht nicht die Notwendigkeit der Mehrforderung an intensiver Arbeit für die Sowjetindustrie gerade in der jetzigen Zeit, ist darüber unzufrieden und diese Unzufriedenheit wird natürlich geschürt von den kleinbürgerlichen Elementen, die in so grosser Zahl in Russland vorhanden sind.

Diese drei Tatsachen, von denen jede für sich allein schon eine Schwierigkeit bedeutet, machen die gegenwärtige Innenlage Sowjet-Russlands zu einer objektiv sehr schwierigen.

Und in diesem Augenblick kommt Genosse Trotzki mit den Geschichten von 1917.

Die Sowjetmacht wird die jetzigen Schwierigkeiten überwinden, sie hat trotz der bisherigen Konzessionen, und selbst wenn wir etwaige weitere Konzessionen ins Auge fassen, noch auf lange Zeit hinaus trotz Verlangsamung der revolutionären Entwicklung in Mittel- und Westeuropa, die Möglichkeit, durch geschicktes Manövrieren den proletarischen Grundcharakter der Revolution zu wahren. Allein, sie kann in dieser gefährlichen Lage nur dann mit Erfolg manövrieren, wenn sie absolut geschlossen dasteht.

Jeder Angriff gegen das Z.K. der R.K.P. bei dieser Lage ist objektiv eine Schwächung der Sowjetmacht, ist schädlich, gefährlich und muss scharf zurückgewiesen werden.

Ein grosser Teil der österreichischen Kommunisten - und dazu gehöre auch ich - hält die Einstellung der Komintern in der österreichischen Frage für unrichtig, aber gerade darum ist es Pflicht, gerade dieser Genossen, gegenüber dem Vorstoss Trotzki's in dieser Lage ohne Schwanken klipp und klar zu erklären: Wir halten diesen Vorstoss für eine Gefahr für die Sowjetmacht und für die Weltrevolution. Wir verurteilen den Vorstoss auf das Schärfste und stellen uns rückhaltlos hinter das Z.K. der R.K.P. und hinter die Komintern.

Das ist meine Stellungnahme gegenüber dem Vorstoss Trotzki's und ich empfehle Euch, in diesem Sinne Stellung zu nehmen.

Mit kommunistischem Gruss und Handschlag

25. November 1924

Lieber Freund!

Du fragst mich um meine Meinung über die Entwicklung, die die Partei seit Herbstanfang genommen hat. Ich will versuchen, nachfolgend die wichtigsten Fragen herauszuarbeiten.

A. Die Angelegenheit Thomann.

1. Die Spaltung der Thomann-Fraktion.

Dass Thomann schliesslich die Prägelei gegen den P.V. inszenierte und an Kopplenig die Hand anlegte, war, von der Form abgesehen, keine zufällige Verirrung. Durch die zähe Arbeit der Frey-Gruppe war Thomann schliesslich in eine solche Zwangslage geraten, dass er alles aufs Spiel setzen musste. Die Frey-Gruppe konnte warten, denn für sie arbeitete die Zeit. Die Mitgliedschaft musste schliesslich aus den Erfahrungen zulernen. Für Thomann aber war und ist die politische Unreife der Mitglieder das Fundament. Er konnte es also nicht riskieren für längere Zeit nach Deutschland oder Tschechien oder Russland zu gehen.

Aber es war auch kein Zufall, dass gerade die Kopplenig und Maresch mit ihrem Anhang sich schliesslich gegen Thomann wandten. Denn es waren dies gerade jene Elemente der Thomann-Fraktion, die die Erkenntnis gewonnen hatten - und auch das war das Resultat der zähen Arbeit der Frey-Gruppe - dass eine Gesundung der Partei mit Thomann nicht möglich sei, weil Thomann in sich das System der Korruption, der Parteienanarchie, der Desorganisation und der Unklarheit als Grundsatz verkörpert. Die Watschen Thomanns haben diese Erkenntnis nur beschleunigt.

So hatte die Frey-Gruppe nach langwieriger Arbeit schliesslich die Spaltung der Thomann-Fraktion herbeigeführt: Auf der einen Seite Thomann mit seinen Getreuen - auf der anderen Seite die Kopplenig-Maresch mit ihrem Gefolge, die sich schon damals mit dem aus Deutschland gekommenen Zentrumswurm zusammenschlossen.

2. In dieser Lage hatte die Freygruppe folgende Aufgaben:

a) Mit grösster Beschleunigung und Energie Vorwärtstreiben der Kopplenig-Maresch-Wurm-Gruppe (abgekürzt KMW) zur Liquidierung der Thomann-Fraktion und zur vollkommenen Liquidierung Thomanns mit seinen korrupten Anhängern Tober und Post.

Sofortigen Schluss erwirken mit der mechanischen Aususchaltung der Frey-Gruppe vom Referieren, Bildungsarbeit usw.

Besetzung von Positionen, z.B. Lokalausschuss /izing.

Straffes Zusammenfassen des etwas gelockerten Gefüges der Frey-Gruppe (abgekürzt F-G) im Wiener Massstab und Wiederherstellung einer regelmässigen Verbindung mit den Genossen der Provinz.

b) Vom ersten Augenblick der faktischen Kooperation mit der Gruppe EMW innerhalb der Frey-Gruppe schärfste ideologische Abgrenzung gegenüber der Gruppe KMW., d.h. es musste allen Genossen der F-G. sofort vom ersten Augenblick mit aller Schärfe aufgezeigt werden: Nur keine Illusionen! Die F-G. hat mit der Gruppe EMW. nur ein negatives Ziel gemeinsam, nämlich den Kampf gegen die Thomann-Fraktion. (abgekürzt Tfr.) - dagegen besteht in der positiven Zielsetzung ein Gegensatz zwischen beiden Gruppen: Die Gruppe KMW. will den Kampf der beiden anderen Fraktionen besitzen, um sich selbst in den Sattel zu werfen, während die F-G. den Kampf führt, um nach Liquidierung der Mistendenzen (Tfr.) die Führung selbst in die Hand zu nehmen, wobei sie im Plane hatte und hat, sich die Elemente der KMW.-Gruppe schliesslich einzuordnen, und sich darüber von vornherein klar war, dass das nur möglich sei nach Kampf.

3. Vollkommenes Versagen der F-G.

Die F-G. wusste diese grossartige Situation nicht im Geringsten auszunutzen. Sie verstand es nicht, die KKW.-Gruppe vorwärtszutreiben, Positionen zu besetzen usw. Sie liess die Dinge laufen, war passiv und erwartete alles von der KKW.-Gruppe. Diese passive Faktik hat sich schwer gerächt. Darüber später.

nämlich
als
Soldaten/
Hier ist aber notwendig, die Verantwortlichkeit festzustellen. Schuld daran trägt im Vollmass die Führung der F-G. Die Führer, obwohl sie für ihre Person aktiv waren, haben als Führer vollkommen versagt, sie erfüllten keine der obigen Aufgaben, sie riefen die F-G. nicht zusammen, um die Genossen aufzuklären, zusammenzuhalten, zu gleichem Handeln zusammenzufassen; mehr noch, sie erhielten von erprobter Seite wichtige Ratschläge, sie haben nicht einen einzigen davon befolgt, sie haben die Genossen nicht darüber informiert, sie haben es nicht für nötig befunden, ihre abweichenden Ansichten klarzulegen. Den wichtigsten Fragestellungen wichien sie bei ihren Antworten aus.

4. Die Folgen des Versagens der F-G.

Zunächst einmal kostbarer Zeitverlust! In solcher Situation gilt der Grundsatz: das Eisen muss geschmiedet werden, solange es heiss ist. Ohne Verzug vollendete Tatsachen schaffen, die nicht mehr geändert werden können. Durch das langsame Vorgehen, das Schwanken, die Passivität der F-G. blieb allen möglichen Interessenten Zeit für ihre Intrigen. Neurath, Landler, Alpari, Strasser und die vielen anderen Kurpfuscher, die an der Partei schon herumgedoktort haben und nichts mehr fürchten, als dass einmal ihre erbärmliche Kurpfuscherei ans Tageslicht kommt, setzten ihre sehr guten Beziehungen in Bewegung und das Wunder geschah: die Komintern erklärte den Abschluss des Watschen-Thomann für ungültig.

Da die Gruppe KKW. nicht dem geringsten Druck von Seiten der F-G. ausgesetzt war, so handelte sie selbstverständlich nur nach ihrem eigenen Gruppeninteresse. Welches war aber das Gruppeninteresse der KKW.? Sie wollten selber die Führung in der Partei erlangen und behaupten, und da ergab sich für sie ein wenn auch unbewusster Schluss: Die Vernichtung der Tfr. bedeutet die Führung der F-G., daher darf die Gruppe KKW. die Tfr. nicht vernichten, sondern nur schwächen. Daraus erklärt sich, trotz der Krügel und Watschen, die die KKW. von der Tfr. bekommen hatten, ihr fortwährendes Schwanken gegenüber der Tfr. Die F-G. drückte nicht; es kam was kommen musste. Die Tfr. wurde nur geschwächt und so blieb diese Gruppe des Schmutzes, der Desorganisation, der Unklarheit, der politischen Linienlosigkeit, der Interessenten an der Weitererhaltung der politischen Unreife der Mitgliedschaft der Partei weiter erhalten.

B. Die Reichskonferenz vom 16. November.

1. Vollkommenes Versagen der F-G. schon bei der Vorbereitung.

Die F-G. musste sich zur Reichskonferenz politisch, organisatorisch vorbereiten. Unter allen Umständen musste ein einheitliches Vorgehen auf der Reichskonferenz vorbereitet werden, namentlich in der so wichtigen Frage der Besetzung des Uebergangs-P.V., der den Parteitag vorbereiten soll. Von erprobter Seite wurden die Führer der F-G. unausgesetzt gedrängt; sie blieben passiv.... So kam die F-G. vollkommen unvorbereitet auf die Reichskonferenz. Wohl haben

sich dort die meisten Genossen als Einzelpersonen sehr gut gehalten, aber das konnte nicht verhindern, dass die F-G. als Ganzes dort vollkommen versagte. Die Hauptschuld daran trifft die Führer.

2. Vor allem war es unumgänglich notwendig, die F-G. parteilich auf die RK. vorzubereiten. Inzwischen hatte sich nämlich die Gruppe KKW. zu einer wirklichen, wenn auch etwas links lackierten Mittelgruppe (MG.) herausgebildet mit dem linkslackierten Zentrumsmann Frank an der Spitze als geistigem Haupt. Alles was in der Partei schwankt oder strebt, hat sich an diese Gruppe angeschlossen. Zur Vorbereitung der RK. war es unbedingt notwendig, die F-G. klar und scharf gegenüber der MG. abzugrenzen, aufzeigen, was die F-G. gemeinsam hat mit der MG. (Kampf gegen Tfr., wobei die MG. nur schwächen will, während die F-G. vernichten und liquidieren will), aufzeigen das Trennende (die MG. will die Führung der Partei, will den Kern der Partei bilden und die F-G. sich zum Schwanz machen, während die F-G. selbst die Führung erkämpfen will und die MG. sich einordnen will.- Die F-G. stützte dieses 1. auf ihre Rolle in der Vergangenheit in der Partei, in der sie bewiesen hat, dass sie der Führung gewachsen ist, unter ihrer Führung ist die Partei aufgestiegen. Als die F-G. dann in der Opposition war, hat sie einen Kampf unter den allerschwersten Bedingungen geführt, durch zwei Jahre, Ausschüsse, Ausschaltungen, Suspendierungen, Entlassungen usw. usw. mitgemacht und es geht nicht an, dass nun jemand vom Himmel herabfällt, der das alles nicht mitgemacht hat und sich der Früchte des Kampfes bemächtigen will. 2. Vor allem aber mit Rücksicht auf die gegenwärtige Lage und die Zukunft der Partei, der die F-G. politisch, gewerkschaftlich und organisatorisch gewachsen ist, nicht nur weil sie es in der Vergangenheit schon bewiesen, sondern auch durch die richtige Einschätzung der Lage und der Perspektive und die richtige Taktik, die sie vorschlägt usw. Darüber im Kapitel U. 3. Schliesslich noch eine Kleinigkeit. Wen hat die MG. hinter sich? 20 % der Mitgliedschaft. Die Tfr. hat etwa 30 % und die F-G. hat 50 %.)

Es war ein verhängnisvoller Fehler in den Genossen der F-G. die Meinung aufkommen zu lassen und sie bei der Meinung zu lassen, dass die MG. eigentlich dasselbe wolle wie die F-G. und dass der Kampf der F-G. mit der Liquidierung oder wenigstens Zurückdrängung der Tfr. erschöpft sei. Dies hiess das eigentliche, das positive Ziel preisgeben. Das ist geschehen durch die Schuld der Führer und das hat dazu geführt, dass die F-G. ideologisch nicht genug gefestigt auf die Reichskonferenz kam. Durch das weitere Verhalten der Führer als Führer auf der Reichskonferenz wurde diese Lockerung noch verbreitert und vertieft und in dieser gesteigerten Lockerung der F-G. besteht ihre eigentliche Niederlage.

3. Vollkommenes Versagen der F-G. auf der RK. selbst, richtiger der Führer der F-G.

a) Verhalten beim Tagesordnungspunkt: Stellungnahme zum Weltkongress.

Abgesehen von einzelnen Dumheiten verhielt sich die F-G. hier richtig und der Vorstoss gegen die Riess-Ketzlich-Strömer war sogar sehr gut, weil er einen weiteren Keil in die Tfr. hineintrief.

b) Vollkommenes Versagen der F-G. bei der Stellungnahme zur Parteikrise:

I. In politischer Beziehung was die Vergangenheit betrifft. Die Schwanzpolitik. Frank bezeichnete die Schwanzpolitik als die Hauptursache, dass die Partei nicht aufgestiegen ist und behauptete, dass beide Fraktionen diese Schwanzpolitik getrieben hätten.

Niemand von der F-G. und vor allem die Führer wusste ihn nicht zu fragen: Meinte uns nur einen einzigen konkreten Fall, in dem die F-G., als sie in der Führung Schwanzpolitik getrieben oder als sie in der Opposition war, Schwanzpolitik kritiklos hingenommen hätte.

Niemandem von der F-G. fiel es ein, auch den Führern nicht, dass doch diese politische Frage vom allerersten Anfang an einen wesentlichen Differenzpunkt zwischen Frey auf der einen und Thomann und Koritschoner auf der anderen Seite. Schon in dem ersten Bericht der Frey-Gruppe an die Komintern im Dezember 1922 (!) wendete sich die damalige Parteivorstandsmehrheit (Frey) gegen die Taktik des Nachhinkens, des Gewerkschaftsrates und später in der Opposition hat die F-G. die Taktik des Nachhinkens auf politisch und gewerkschaftlich aufs schärfste kritisiert (Wiener Landesparteitag, April 1923; Memorandum an die Erweiterte Exekutive in Moskau, Juni-Juli 1923; Memorandum an den V. Weltkongress 1924.).

II. In gewerkschaftlicher Beziehung, was die Vergangenheit betrifft.

Die syndikalistischen Tendenzen.

In der Frage des Verhältnisses der Gewerkschaftsarbeit zur Partei, des Verhältnisses der Kommunisten in den Gewerkschaftsblocks und im Gewerkschaftsrat zum Parteivorstand, wurde der F-G. vollständig Recht gegeben, aber die Genossen haben verabsäumt, das zu unterstreichen, sodass die gesamte Mitgliedschaft das mit aller Heftigkeit erfährt, denn das war der entscheidende Ausgangspunkt des ganzen Parteikonfliktes. Hier musste eine Erklärung abgegeben werden, die feststellte, dass die F-G. in dieser wichtigen Frage, die den Ausgangspunkt des Parteikonfliktes gebildet hat, vollkommen recht bekommen hat und zugleich musste darauf hingewiesen werden, dass durch diese Entscheidung der RK. bewiesen ist, dass der Kampf der F-G. sachliche Ziele hatte.

III. In partei-politischer Beziehung.

Die Frey-Gruppe habe menschwistische Tendenzen, dass sie habe ein Wahlbündnis mit der Sozialdemokratie geplant. Was ist die Wahrheit?

Im Frühjahr 1922, als die Partei vor der Frage stand, welche Taktik in der Oktoberwahl vorzuschlagen, damals schlug die F-G. vor, die Partei solle selbständig in den Wahlkampf gehen, aber sie solle sich durch eine geschickte Taktik für dieses selbständige Vorgehen die Chancen verbessern, die Massen leichter für die K.P.Oe. mobilisieren und darum schlug sie vor, dass Sozialdemokratie von langer Hand öffentlich das Angebot zu machen in einheitlicher Front, zusammen mit der K.P.Oe. den Massenkampf einzuleiten für bestimmt angeführte Ziele. Diese Ziele waren so gewählt, dass sie den Massen verständlich und vom Standpunkt der Massen annehmbar, aber für die Sozialdemokratie von ihrem Parteistandpunkt absolut unannehmbar. Die wichtigsten dieser Ziele waren: 1. Keine Lasten auf das Proletariat, alle Lasten auf die Bourgeoisie. 2. Bewaffnung des Proletariats. 3. Sturz der Seipel-Regierung, Schluss mit jeder Koalitionspolitik, Arbeiter- und Bauernregierung, gestützt auf die Betriebsräteorganisation und die Ordnerorganisation.

Unter der Bedingung, dass die Sozialdemokratie auf dieses Anerbieten öffentlich eingeht (nämlich ~~stark~~ Massenkampf in einheitlicher Front für obige konkrete Ziele solle die K.P.Oe. der Sozialdemokratie die Einheitsfront auch anbieten unter den gleichen Bedingungen für den Wahlkampf).

Diese Taktik hätte zweifellos für die Partei zu sehr günstigem Resultat geführt. Die entgegengesetzte Taktik, die eingeschlagen wurde, nämlich reiner Frontalangriff führte unter den damals gegebenen Verhältnissen zu einer katastrophalen Niederlage. Aber die F-G.

Aber die F-G. klammerte sich nicht an ihren Vorschlag. Ihr Vertreter zog im Laufe der Verhandlungen, da in der Debatte Redner sich dagegen wandten (in der Oesterreichischen Kommission der Erweiterten Exekutive Juni 1923 in Moskau) den Vorschlag kurzerhand zurück. Niemandem in Moskau fiel es ein, von menschowistischer Tendenz zu sprechen. Das blieb zwei Jahre später vorbehalten dem linkslackierten Zentrum (Peter-Artikel in der "Inprekor").

Auch die Tfr. habe menschowistische Elemente in sich, gesteht uns das linkslackierte Zentrum grossmütig zu (der Tfr. wurden die menschowistischen Abweichungen konkret von uns bewiesen!) - aber die F-G. habe Elemente in sich, die noch viel weiter rechts stehen! Warum, zum Teufel hat keiner der Delegierten der F-G. gefordert, dass das linkslackierte Zentrum und ihr Protektor, der linkslackierte Remmele, diese Elemente namentlich bezeichne; da wäre die Verlogenheit dieser Argumentation Remmeles und anderer linkslackierter Helden klar zu Tage getreten. Solche Lügen darf man nicht widerspruchslos hinnehmen, sonst schadet man der eigenen Sache.

Die syndikalistischen Abweichungen der Tfr. sind nur die Reaktion auf die menschowistischen Abweichungen der F-G. Das ist der Gipfel der Verlogenheit. Wann sind die syndikalistischen Abweichungen der Tfr. aufgetreten? Schon im Herbst 1922 und sie wurden gleich damals von den Freyiten bekämpft. Wenn also die syndikalistischen Tendenzen der Tfr. durch die Freyiten hervorgerufen worden wären, dann müssten die rechten Tendenzen der Freyiten schon vor dem Auftreten der syndikalistischen Tendenzen aufgetreten sein. Welche rechten Tendenzen waren das? Die Delegierten der F-G. hätten konkrete Antwort verlangen müssen. Wenn ein einziger Delegierter diese Klarstellung verlangt hätte, die linkslackierten Zentrumshelden, die da so herumgehogen haben, dass sich die Balken bogen, wären fürchterlich in die Bage getrieben worden.

Und noch eine grössere Lüge blieb unbeantwortet: dass nämlich die Tfr. zu den syndikalistischen Abweichungen dadurch gedrängt worden sei, dass die Freyiten sie aus allen Positionen in der Partei verdrängten. Da hätte in Erinnerung gerufen werden müssen, dass die Thomanniten selbst damals, als die Freyiten führten, 50 % des gesamten Parteiapparates in Händen hatten und seit März 1923 überhaupt aus dem Parteiapparat ausgeschaltet wurden. Nicht einmal als Zeitungsexpeditoren wurden Frey-Leute geduldet (Tramer!). Es ist also genau umgekehrt: aus den Positionen verdrängt wurden die Freyiten, also ist obige Erklärung der syndikalistischen Abweichungen der Tfr. eine glatte Lüge.

Die Disziplinbrüche: Einige Genossen haben versucht wenigstens den Schwindel zu verhindern, dass die Disziplinbrüche, welche einzelne Frey-Leute vor dem 5. Weltkongress begangen haben, gleichgestellt wurden den Disziplinbrüchen, die die Tfr. nach dem 5. Weltkongress begangen hat. Aber auch diese Genossen haben vollkommen vergessen, zu unterstreichen, dass die Disziplinbrüche, die einzelne Frey-Leute vor dem 5. Weltkongress begangen haben, begangen wurden, um die Beschlüsse der Komintern, der Erweiterten Exekutive von 1923 gegen die sich darüber hinwegsetzenden Thomann-Leute zu verteidigen.

Der Mist bleibt der Partei erhalten. Thomann wurde wiederaufgenommen, mehr noch es wurde garnichts unternommen, dass er von Wien wegmuss, Der Führer der F-G. ist verbannt, Thomann ist zweimal aus der Verbannung desertiert und jetzt lässt man ihn einfach in Wien.

Und auch die Tobler und Forst bleiben der Partei erhalten. Das bedeutet der Beschluss, dass alle schwebenden Verfahren niedergeschlagen werden.

Wahl des Parteivorstandes. Das war praktisch die entscheidendste Frage der RK., denn der P.V. hat den Parteitag vorzubereiten, der voraussichtlich im Frühjahr stattfinden wird. Die Wahl ist für die F-G. sehr schlecht ausgefallen. Diese Frage hätte im Kreise der F.-Leute vorberaten werden müssen. Vorher hätte festgestellt werden müssen, welchen Einfluss will die F-G. in der Parteileitung erkämpfen und welche Personen will sie hineinentsenden? Obwohl die F-G.

den stärksten Anhang in der Mitgliedschaft hat, ist sie im P.V. schwächer vertreten als die M.G.p aber auch schwächer als die Tfr.

Nebenbei: am 27. November 1923 langte ein Beschluss der Komintern in Wien ein, worin die Verbannung von 5 Genossen (Thomann, Koritschoner, Wertheim, Frey, Friedländer) verfügt wurde - bekanntlich haben sich 4 Genossen zu drücken gewünscht, Thomann und Wertheim sind einfach desertiert, nur Frey ist in der Verbannung - aber ausserdem hiess es darin, dass diese 5 Genossen auf dem nächsten Parteitag nicht in den Parteivorstand gewählt werden würden. Dieser Beschluss ist bis heute nicht aufgehoben und siehe da, trotzdem sitzt Koritschoner heute im Parteivorstand. So werden die Beschlüsse der Komintern mit Füßen getreten und von der F-G. hat keiner dagegen den Mund aufgemacht.

IV. Einschätzung der Lage, taktische Linie.

Welches ist das Verhältnis in dieser entscheidenden Frage zwischen der F-G. und der führenden M.G.?

1. Einschätzung der Lage. Frank, der geistige Führer der M.G. schätzt die jetzige Lage in Oesterreich ein als unmittelbar revolutionäre Situation. So auf der RK. am 16. November. Und in der "Roten Fahne" am 30. November spricht er ausdrücklich von aktueller revolutionärer Situation.

Diese Einschätzung ist falsch, den Ereignissen vorauslaufend und in ihren Konsequenzen gefährlich, weil sie zu einer Taktik führen muss, für die die Lage noch nicht weit genug entwickelt ist. Wo stehen wir heute in Oesterreich? Die Lethargie der Massen beginnt zu weichen, die Massen beginnen in Kampf zu treten für ihre Tagessorgen - die wirtschaftlichen, sozialen, politischen Gegensätze beginnen sich in revolutionärer Richtung zuspitzen. Das wird schliesslich zu einer aktuellen revolutionären Situation führen, aber heute stehen wir erst am Anfang dieser Entwicklung.

2. Die Konsequenzen dieser falschen Einschätzung. Wenn wir in Oesterreich eine aktuell-revolutionäre Situation haben, dann ist selbstverständlich der bewaffnete Aufstand die unmittelbare Aufgabe der Partei. Frank zieht also den richtigen Schluss aus der Voraussetzung, aber die Voraussetzung ist falsch.

Natürlich wirkt sich diese falsche Einstellung auch in den Losungen aus. Da die M.G. der Auffassung ist, dass in Oesterreich eine unmittelbar revolutionäre Situation, muss sie alles auf die Endlosungen setzen. Die Uebergangslösungen spielen gar keine besondere Rolle. Das sprach Frank auf der RK. etwas unklar aus.

Dieser Fehler in den Losungen macht sich in der Praxis nicht so fühlbar, weil die Praxis ~~unmittelbar~~ die theoretischen Ausführungen Franks korrigiert.

Wie muss heute die Einstellung der K.P.Oe. zum bewaffneten Aufstand sein? Bei dieser noch nicht genügend entwickelten Lage ist der bewaffnete Aufstand noch nicht die unmittelbare Aufgabe der Partei, aber die Lage ist so, dass die Partei jeden Schritt, den sie macht politisch, gewerkschaftlich, organisatorisch, nicht nur ideell, sondern praktisch heute schon ausrichten muss auf den bewaffneten Aufstand, den bewaffneten Aufstand ideell und praktisch heute schon auf politischem, gewerkschaftlichem, organisatorischem Gebiet vorbereiten muss.

Da wir in Oesterreich keine unmittelbar revolutionäre Situation haben, sondern die Lage, dass die Massen in Bewegung zu geraten beginnen für ihre Tagessorgen, so hat die Partei bei dieser Lage folgende Aufgaben: die Massen im Kampf für ihre Tagessorgen vorwärts zu bringen, im wachsenden Masse zu trachten, diese Bewegung zu beeinflussen, unter die Führung der K.P. zu bringen und ihr die Richtung auf die kommunistischen Ziele zu geben. Es spielen also die Tageslösungen eine sehr wichtige Rolle und die jeweils aktuellen Tageslösungen mit den Endlösungen geschickt zu verknüpfen; das ist heute die Aufgabe der Partei.

3. Welche taktischen Mittel soll heute die Partei anwenden? Darauf gibt die MG. zur Antwort: die Partei dürfe heute und für absehbare Zeit nur die Einheitsfronttaktik von unten anwenden. Das steht in direktem Widerspruch mit den Beschlüssen des 5. Weltkongresses, der ausdrücklich für Länder, wo die sozialdemokratische Partei noch eine grosse Macht darstellt, ausgesprochen hat, dass dort die kommunistische Partei die Taktik der Einheitsfront von unten und oben miteinander kombinieren müsse, wobei selbstverständlich der Nachdruck auf die Einheitsfront von unten zu legen sei.

Die Partei bei dieser Lage, bei diesen Kräfteverhältnissen eingeschränkt auf Einheitsfronttaktik nur von unten, bedeutet praktisch den Verzicht auf jede Einheitsfronttaktik. Da aber die Einheitsfronttaktik heute die einzige mögliche Taktik ist, die der K.P.Oe. offensteht, so bedeutet das sich Festlegen der Partei auf keine Einheitsfronttaktik nur von unten den Verzicht auf jede Politik überhaupt. Die Partei wird so reduziert zu einer Propagandaorganisation, die keine Politik macht, sondern den Massen die Heilslehren des Kommunismus predigt.

4. Die parteipolitische Perspektive. Frank stellt in Aussicht, die Partei werde "in einigen Monaten" Massenpartei werden. Das wird leider nicht eintreten. Das muss zu Illusionen, Enttäuschungen führen. Die Führung darf nicht überschwänglich, sondern muss nüchtern abschätzen. Sie darf nicht durch die Lage nicht gerechtfertigte Erwartungen in den Mitgliedern hervorrufen, . . . wobei, dieser Fehler führt zur Sünde des Vertuschens. Siehe die Niederlage bei den niederösterreichischen Gemeindevahlen, 30. November; die Partei hat nicht nur Mandate verloren, sondern auch Arbeiterstimmen (597 im Lillianfelder Bezirk z.B.), mehr noch in Neuenkirchen z.B. haben die Sozialdemokraten viele hunderte Arbeiterstimmen verloren und alle diese Stimmen sind den Bürgerlichen zugute gekommen, nicht eine einzige der K.P. Dasselbe geschah in vielen anderen Industriorten. Das beweist dreierlei: 1. dass die Perspektive, die Partei werde in einigen Monaten Massenpartei werden, falsch ist; 2. dass die Partei noch nicht marschiert, sondern sogar verliert; 3. dass die Partei auf die grosse Masse der unzufriedenen sozialdemokratischen Arbeiter noch nicht den geringsten Einfluss ausübt - trotz der Reichskonferenz vom 16. November; dass also das Auswechseln der Thomann-Garnitur durch die Frank-Kopplenig-Garnitur, auch wenn es zweifellos einen Schritt vorwärts zur Reinheit der Partei bedeutet, nicht im geringsten bisher imstande war, der Partei das politische Vertrauen der unzufriedenen Sozialdemokraten zu bringen. - Und schliesslich zeigt die Art und Weise, wie die "Rote Fahne" am 2. Dezember den Wahlausgang behandelte, dass die Frank-Gruppe (gerade durch ihre falsche parteipolitische Perspektive) gezwungen ist, die Niederlage zu vertuschen statt umgekehrt die Niederlage klar vor die Mitglieder zu stellen, die Ursachen zu prüfen und daraus die Lehren für die Mitglieder, für die Partei zu ziehen.

Falsch ist auch die Perspektive in Bezug auf die Sozialdemokratie. Er sagt voraus, die Sozialdemokratie werde "im Laufe einiger Monate" schwere Einbüsse erleiden. Gewiss, da und dort bröckeln Mitglieder von ihr ab, aber trotz der Einbüssen im Einzelnen wird die Sozialdemokratie in der nächsten Zeit noch wachsen, weil im Grossen und Ganzen die Illusionen der österreichischen Massen noch immer im Wachsen sind. Erst einige Wochen, vielleicht Monate nach dem Eintritt der Sozialdemokratie in die Regierung wird die Wendung kommen.

V. Das Wesen der Niederlage der F-G. auf der RK.

Die Niederlage der F-G. auf der RK. besteht nicht darin, dass sie nichts durchgesetzt hätte, im Gegenteil, sie hat manches erreicht, (obwohl sich bedeutend mehr hätte erreichen lassen): eine gewisse Zurückdrängung der Tfr., einige Machtpositionen zwar nicht erobert, aber doch wenigstens geschenkt bekommen.

Aber die F-G. ist in der Grundvoraussetzung ihres Sieges geschwächt worden: der innere Zusammenhang der F-G. wurde empfindlich gelockert, nicht nur organisatorisch, sondern vor allem ideell, weil ein Teil der Genossen der F-G. vollkommen falsch annimmt, dass im Wesen die Ziele der F-G. erreicht seien.

Dafür trifft in vollem Masse die Hauptschuld die Führung der F-G. und ganz besonders einen der Führer, der sich zumindestens dadurch, dass die M.G. ihm in den Parteivorstand hineinnahm, etwas blenden liess.

F. Die Aufgaben der F-G.

- - - - -

I. Die Aufgabe der F-G. ist nicht beendet!

1. Die Misttendenzen in der Partei sind zurückgedrängt, geschwächt, aber noch nicht liquidiert. Die F-G. hat dahin zu wirken, dass die Misttendenzen vollkommen liquidiert werden müssen. In dieser Richtung muss die die M.G. unterstützen und vorwärtstreiben.

2. Gerade das Zurückdrängen der Misttendenzen bringt, je weiter dieser Reinigungsprozess fortschreitet, desto klarer das Zentralproblem der Partei zutage. Es ist dies das Problem, um dass der Kampf von Anfang an ging: die Partei muss um die Massen mit Erfolg führen zu können, selber eine Führung haben und zwar eine wirklich fähige Führung. Je günstiger sich die objektive Lage in Oesterreich gestaltet, desto grösser ist das Bedürfnis der Partei nach einer wirklich fähigen Führung, desto grösser wird sich der Widerspruch zeigen zwischen dem was die Partei an Führung braucht und dem was die jetzt führende M.G. tatsächlich leistet.

3. Ist es aber wahr, dass die jetzt führende Mittelgruppe der Führungsaufgabe nicht gewachsen ist? Verfolgt die F-G. etwa persönliche Ziele? Prüfen wir diese Frage rein sachlich.

Was ist zu einer richtigen guten Führung der Partei nötig? Die richtige Einschätzung der Lage und der Perspektiven, 2. die richtige Taktik, das heisst, die Wahl der richtigen Ziele und der richtigen Mittel, 3. rascher Ueberblick, Initiative, Tatkraft, organisatorisches Geschick.

Was 1. und 2. betrifft, so wurde schon oben zugleich mit der Kritik der Mittelgruppe aufgezeigt, dass die F-G. die Lage und die Perspektiven richtig einschätzt und der Partei die richtige Taktik vorschlägt. Was aber 3. betrifft, so hat die Vergangenheit der Partei gezeigt, dass die führenden Kräfte der F-G. diese Eigenschaften hatten und haben, während die Anlagen bei der M.G. diese notwendigen Fähigkeiten nicht verbürgen. Das wird in den nächsten Monaten noch deutlicher zutage treten, gerade je mehr sich die Lage zuspitzen wird.

Die F-G. hat also ihre eigentliche Aufgabe erst zu erfüllen, die negative zu Ende zu führen, vor allem aber den Kampf um die positive Aufgabe zu beginnen.

II. Um aber diese Aufgabe zu erfüllen, muss sich die F-G. fest zusammenschliessen im Wiener Massstab unter engem regelmässigen Kontakt mit den Genossen der Provinz.

Die F-G. muss ihren Personalbestand überprüfen, muss namentlich in Bezug auf Festigkeit die allgergrössten Anforderungen stellen und darf nur die allerfestesten Genossen in den Kern einbeziehen.

III. Vor allem aber muss die F-G. in dem Punkte, der die Niederlage herbeigeführt hat, das vollkommene Versagen der Führung, eine entschiedene Aenderung schaffen. Nur wenn sich die F-G. eine feste, aktive, zähe, ausdauernde Führung schafft, wird sie siegen.

IV. Die Taktik der F-G. in der nächsten Zeit muss diese sein:

- a) positive Mitarbeit auf der ganzen Linie,
- b) Besetzung von positionen,

- c) weitere Zurückdrängung der Misttendenzen,
- d) regelmässiger Kontakt untereinander, ideelle Klärung und Festigung,
- e) fortlaufende Beobachtung und Kritik der Politik der führenden M.G., jedoch einstweilen nur zur eigenen Klärung ohne damit hervortreten, ohne die M.G. zu stören; sie soll eine Zeitlang die Möglichkeit haben, vollkommen ungestört zeigen zu können was sie trifft.

Die Wahl des Zeitpunktes, wann und in welcher Form mit der Kritik vorzustossen ist, wird durch folgenden Umstand bestimmt worden: erst bis der Widerspruch zwischen dem was die Lage fordert und dem was die Führung leistet und was sie leisten müsste, den Mitgliedern halbwegs fühlbar wird, erst bis ihnen eine Kritik nicht als Quertreiberei, nicht als Mittel für persönliche Zwecke, sondern als Mittel die Partei vorwärts zu bringen erscheint, erst da wird und muss die F-G. mit der Kritik vortreten und zugleich ihre positive Linie entwickeln.

- - - - -

Die Frey-Gruppe hat fürhäterliche Schläge durchzuhalten gehabt. Zwei Jahre hindurch Ausschlüsse, Suspendierungen, Ausschaltungen, Entlassungen aus allen Anstellungen, Vertreibung aus allen höheren Funktionen, der Führer verbannt, alle führenden Genossen der F-G. mit Verleumdungen überschüttet, mit hunderttausenden Nachttöpfen übergossen ohne die geringste Möglichkeit der Gegenwehr. . . . zwei Jahr hindurch wurden das Parteistatut und der demokratische Zentralismus täglich hundertmal mit Füssen getreten, um nach Belieben gegen die F.-Leute vorgehen zu können, und alle diese Massregeln noch mit Hohn und Jauche übergossen: das alles hat die F-G. trotz mancher Schwankungen im Kleinen, im Grossen und Ganzen tapfer durchgehalten.

Nicht die Angriffe von aussen haben die F-G. zermürbt.

Zweimal im Verlaufe des Konfliktes hatte die F-G. trotz all dieser ungeheuren Schwierigkeiten den Sieg beinahe sicher schon in Händen. Das erste Mal im März 1923, als sie trotz der wütendsten Verfolgungen, trotzdem sie aus dem Parteiapparat und aus allen hohen Funktionen verdrängt worden war, trotz der unglaublichsten Schwindeleien, trotz der Gewalttätigkeiten der führenden Tfr., trotzdem die Tfr. die volle Unterstützung des damaligen Kominternvertreter Neurath genoss - als sie damals trotz alledem die wenn auch knappe Mehrheit auf dem Parteitag errang (1 Stimme Mehrheit) . Schon damals hinderete letzten Endes der Mangel an äusserster Angeschlossenheit an der Durchkämpfung des Sieges.

Aber immerhin es gab damals doch nicht eine Entschuldigung: hatte doch der Kominternvertreter Neurath, womit niemand rechnen konnte, als er sah, dass er den Sieg der F-G. nicht verhindern konnte, den Parteitag kurzerhand aufgelöst und ein Direktorium eingesetzt, das die alte Wirtschaft noch in verschärftem Masse weitertrieb. . . .

Das zweite Mal war der Sieg fast sicher in den Händen der F-G. als der Führer der Tfr., Thomann in seiner Zwangslage sich schliesslich an den Parteivorstandsmitgliedern tätlich vergrieff. Dies führte zu einer solchen Lage in der Partei, die den Sieg für die F-G. sicher machte - bei entschlossenem Vorgehen. Die schwache Haltung der F-G. in dieser Lage, ihr passives Zögern führte schliesslich zur Wiederaufnahme des ausgeschlossenen Thomann und schwächte die Position der F-G.

Aber noch immer war die Situation so, dass die F-G. als Mehrheit auf der Reichskonferenz erschien. Und dennoch: den Grossteil der Sitze in der Parteileitung errang die M.G., den andern Teil die Tfr. und den kleinen Rest die F-G. Trotz der Mehrheit - fast gar kein Erfolg.

Nicht dieser Misserfolg an sich, sondern der Umstand, dass die

F-G. den Sieg zum zweiten Mal schon fast ganz sicher in Händen hatte, und zum Schluss statt des Sieges Misserfolg erntete, diese zweimalige Erfahrung hat eine starke Depression und innere Zweifel in den Reihen der F-G. hervorgerufen.

Die zweimalige Niederlage knapp vor dem fast sicheren Sieg, namentlich die Niederlage auf der Reichskonferenz machen es zum zwingenden Gebot, die Frage aufzuwerfen: was ist die Hauptursache an dieser Niederlage?

Es gibt darauf nur eine Antwort: die Mängel in der Führung der F-G. Hier gilt es, den Hebel anzusetzen, eine tüchtige, aktive, zähe Führung der F-G. wird die Reihen der F-G. wieder bald ordnen und in nicht langer Zeit zur stärksten Kraft in der Partei machen, die die Frage der Führung in der Partei so regeln wird wie es das Parteiinteresse erheischt.

- - - - -

Nachtrag:

In der Frage der Hauptschuld bedarf obige Darstellung in personeller Beziehung einer Korrektur. Zweifellos, die Hauptschuld trifft die Führung, aber innerhalb der Führung trägt die allergrösste Schuld ein Führer.

Entgegen erhaltenen, unausgesetzten Direktiven, die M.G. vorwärts zu bringen, die F-G. zu mobilisieren, hat er das Letztere unterlassen, sich vollkommen den Bedürfnissen und Wünschen der M.G. gefügt, nicht die Ziele der F-G. im Auge, sondern nur von einem Ziel geleitet, für seine Person etwas zu erreichen. Schon dieses Verhalten zeigt die aufgelegte Streberei dieses Mannes.

Ohne dazu gezwungen zu sein und ohne dass es überhaupt seiner wirklichen Auffassung entspricht, hat dieser Führer auf der Reichskonferenz die organisatorische Massregelung der deutschen "Rechten" gebilligt. Wieder nur, um sich bei der führenden linkslackierten M.G. schön Kind zu machen, also aus reiner Streberei.

Diese Dinge können heute schon als ziemlich bewiesen gelten, es ist noch eine ganze Reihe anderer Umstände verdächtig, aber dennoch, die F-G. wird alle diese Dinge noch genau überprüfen, um Klarheit in den eigenen Reihen zu schaffen.

Solange diese Prüfung nicht abgeschlossen ist, muss jeder Genosse der F-G. sich gegenüber diesem Führer der allergrössten Vorsicht befleissigen.

Mit besten Grüßen

-.-.-.-.-.-.-. .

Dein alter Freund.

Auf Grund der Reichskonferenz vom 16.11.24 und der seitherigen Praxis der Partei bis 9.12.24.

Die Bewertung der gegenwärtigen Lage in
Oesterreich und ihre Perspektive.

- - -

A.

- 1.) Die Reichskonferenz erkannte die Verschärfung der Klassengegensätze in Oesterreich, die unmittelbare revolutionäre Situation. (Rote Fahne 18. Nov. zusammenfassender Leitartikel über die Ergebnisse der R.K.: Die Reichskonferenz hat gesprochen.)
"Zwei Jahre Sanierung. Und in Oesterreich eine aktuelle revolutionäre Situation...." (Rote Fahne 30. Nov., Leitartikel: Der Bankrott der Sanierung. Die Staatsarbeiter und Angestellten rebellieren).
- 2.) "Es ist klar, dass die kommenden Monate die sozialdemokratische Partei weiter rasch schwächen werden." (R.F. 23. Nov. Thesen zur politischen Lage von der R.K.).
- 3.) "Wir sind gewiss,.... dass die nächsten Monate bringen werden die Entstehung der kommunistischen Massenpartei, auch in Oesterreich." (R.F. 21.11. Rede Frank auf der R.K.)

B.

- 1.) Die Massen in Oesterreich beginnen aus ihrer Letzargie zu erwachen, beginnen in Bewegung zu geraten, beginnen in Kampf zu treten für ihre nächsten Tag sorgen. Die wirtschaftlichen, sozialen, politischen Gegensätze beginnen sich zu verschärfen. Die Lage in Oesterreich ist revolutionär, aber wir stehen jetzt in Oesterreich erst am Beginn einer Entwicklung, die zu einer "unmittelbaren", aktuellen revolutionären Situation führt. Die Lage jetzt gehen als unmittelbare aktuelle revolutionäre Situation zu bezeichnen bei der Entwicklung voraussehen. Eine solche unrichtige vorschnelle Abschätzung bürgt in ihren Konsequenzen Gefahren in sich. Die Partei muss die Lage richtern einschätzen.
- 2.) Mit einer raschen Zersetzung der soz. dem. Partei schon in den kommenden Monaten ist nicht zu rechnen und es ist falsch, die Mitglieder auf dieser zwar möglichen, aber unwahrscheinlichen Fall einzustellen. Da und dort sind Abbrückelungen von der sozialdem. zu verzeichnen, z.B. in Steiermark, Kernten auch in Niederösterreich (Gemeindewahlen in Neunkirchen und in anderen Industriorten). Aber es handelt sich da doch erst um eine verhältnismässig sehr geringe Zahl. Die grosse Masse des Oesterreichischen Proletariats ist mit ihrer Lage sehr unzufrieden, beginnt sich dagegen zu wehren aber sie ist noch weit davon entfernt die Ursache ihrer traurigen Lage in der soz. dem. Politik zu sehen. Im Gegenteil die grosse Masse und selbst die mit der soz. dem. Politik bereits unzufriedenen soz. dem. Arbeiter haben noch immer die Ueberzeugung: Es gilt die soz. dem. Partei zur Alleinregierung oder zwar in Koalitionsregierung, aber mit ausschlaggebenden Einfluss zu bringen was im Bewusstsein dieser Massen nur die Brücke sein soll zur soz. dem. Alleinregierung. Wenn das erreicht sei, dann werde es zwar kein Paradies geben, aber die Lage der Arbeiter werde sich zu bessern beginnen. Das ist trotz mancher Abbrückelungen, trotz mancher Schwankungen heute noch immer die Auffassung der überwältigenden Masse des Oesterreichischen Proletariats. Der rasche Zersetzungsprozess der sozialdemokratischen Partei im grossen Masse stabe wird aller Wahrscheinlichkeit nach erst einige Wochen, vielleicht einige Monate nach ihrem Eintritt in die Regierung beginnen, dem wir entgegen gehen. Die Abbrückelungen selbst sind einer der Umstände, die die Sozialdemokratie drängen in die Regierung einzutreten um zu versuchen durch positive Leistungen den Abbrückelungsprozess aufzuhalten. Gewiss es ist möglich, dass die Zersetzung im grossen schon in nächster Zeit beginnt, aber es ist auch möglich, dass die Sozialdemokratie im grossen und ganzen trotz mancher Verluste sogar noch wächst. Auf alle Fälle ist es nicht gut, die Partei nur auf den zwar möglichen, aber nicht wahrscheinlichen Fall einzustellen. Das führt zu Enttäuschungen und Rückschläge.
- 3.) Es ist nicht gut die Partei auf die Perspektive einzustellen, dass sie so

in den nächsten Monaten Massenpartei sein wird, d.h. den Mitgliedern die Sache viel leichter erscheinen zu lassen, als sie in der Tat ist, steht doch die österreichische Partei überhaupt erst davor einen festen kommunistischen Kern zu bilden und die Fühlung mit den Massen wieder zu gewinnen.

Welche Aufgaben muss die Partei sich heute stellen.

A.

"Die Reichskonferenz erkennt die Notwendigkeit unzweideutig das Problem des Kampfes um die Macht nicht mit dem Stimmentel, sondern durch den bewaffneten Aufstand vor der Arbeiterklasse als eine Aufgabe der Gegenwart aufzurollen". (R.F. 18.11. Die Ergebnisse der Reichskonferenz)

B.

Die Partei ist infolge der politisch, gewerkschaftlich und organisatorisch ablat unfähigen Führung der letzten zwei Jahre von den Massen gänzlich isoliert (Nebenbei: Es ist vollkommen irreführend zu sagen, die Dauerkrise in der Partei sei schuld, dass die Zersetzung innerhalb der sozialdemokratischen Partei nicht weiter fortgeschritten sei, wie es die Thesen zur politischen Lage sagen. siehe R.F. 23.11. Sondern das vollkommen unzulängliche politische, gewerkschaftliche, organisatorische Vorgehen der parteiführung in den letzten zwei Jahren hat den Vormarsch der Partei verhindert und hat die Partei zurückgeworfen. Es besteht also auch ein Unterschied in der Beurteilung der Ursachen der Parteikrise).

In der jetzigen objektiven und subjektiven Lage hat die Partei in Oesterreich die Aufgabe: Die Fühlung mit den Massen wiederzugewinnen, die Bewegung der Massen vorwärtszutreiben und zu verbreitern, den wirtschaftlichen und politischen Kampf zu kombinieren, alle Kämpfe zusammenzufassen, alle Kämpfe auf die Hauptfrage zuzuspitzen, die Gesamtbewegung auf die kommunistischen Ziele hin zu lenken und sie unter die Führung der K.P. zu bringen, die grundlegende Aufgabe der Partei heute ist, politisch, gewerkschaftlich, organisatorisch jeden Schritt ideell und praktisch auf den bewaffneten Aufstand auszurichten, ihn auf politischem, gewerkschaftlichen, organisatorischem Gebiet ideell und praktisch vorzubereiten.

Die obige Formulierung: "den bewaffneten Aufstand als Gegenwartsfrage aufzurollen," ist in Zusammenhang mit obiger Lagebewertung (unmittelbar, aktuelle, revolutionäre situation) unklar, weil sie in den Mitgliedern die Meinung erwecken kann, die Partei stehe unmittelbar vor dem bewaffneten Aufstand.

Mit welchen Mitteln soll die Partei ihre heutigen Aufgaben lösen.

A.

"Die Partei erklärt, dass die Einheitsfronttaktik in Oesterreich n u r in Frage kommt, durch die Einheitsfront von unten". (Thesen zur politischen Lage R.F. 23.11.)

"Die Reichskonferenz beschloss, dass die K.P.Oe. den Kampf um die Einheitsfront der Arbeiter n u r von unten in den Betrieben führen darf, dass Spitzenverhandlungen mit den menschenwärtigen Führern, den Verrätern des Proletariats für die Zukunft ausgeschlossen werden." (R.F. 18.11. über die Ergebnisse der Reichskonferenz).

B.

In den Thesen des 5. Weltkongresses heisst es ausdrücklich: "Einheit von unten und gleichzeitig Spitzenverhandlungen, diese Methode muss oft in den Ländern angewendet werden, in denen die sozialdemokratie noch eine bedeutende Macht ist. Diese Spitzenverhandlungen dürfen die Partei in ihrer kommunistischen Selbständigkeit nicht binden. Die Grundlage für die Einheitsfronttaktik muss jedoch auch in diesem Falle die Einheit von unten bleiben."

Ist die Sozialdemokratie Oesterreichs noch eine bedeutende Macht? Gewiss. Also gilt jener Weltkongressbeschluss auch für Oesterreich. Uebrigens wurde auf dem 5. Weltkongress Oesterreich ausdrücklich als eines jener Länder bezeichnet, Also ist die obige Taktik (Einheitsfronttaktik nur von unten), für Oesterreich in Widerspruch mit den Beschlüssen des 5. Kongresses.

Da der Beschluss Einheitsfronttaktik n u r von unten zu treiben, prä

praktisch in der gegebenen oesterreichischen Lage den Verzicht auf jede Einheitsfronttaktik bedeutet, da weiters unter den gegebenen Verhältnissen die Einheitsfronttaktik die einzig mögliche Taktik ist, die der Partei offen steht, so bedeutet dass sich vorlegen auf Einheitsfronttaktik nur von unten gegenwärtig den Verzicht auf jede Politik überhaupt und die Reduzierung der Partei zu einer blossen Propagandaorganisation, die sich damit begnügt, den Arbeitern zu sagen, dass die sozialdemokratischen Führer Verräter sind und die auffordert zur K.P. zu kommen.

Es ist ganz gut den Kommunisten zu sagen, die sozialdemokratischen Führer sind Konterrevolutionäre, oder was nur ein anderer Ausdruck dafür ist, die Sozialdemokratie ist die dritte Partei der Bourgeoisie und der linke Flügel der faschistischen Front.

Aber zu den sozialdemokratischen Arbeitern da genügt es nicht, ihnen das zu sagen, sonst empfinden sie das als Beschimpfung, sondern die K.P. muss ihnen das so anschaulich beweisen, dass sie es selber mit erleben und als Resultat ihre Erlebens empfinden. Da aber stösst die K.P. auf ein praktisches Hindernis, auf eine Mürbe: die Nichtkommunisten in Oesterreich sind nämlich fast durchwegs in der sozialdemokratischen Partei

g e g a n g e n. Um dieses Hindernis abzuschwächen und trotz dieses Hindernisses an die sozialdemokratischen Arbeiter heranzukommen, dazu bedarf es eben einer besonderen Taktik, die bei den Kräfteverhältnissen in Oesterreich nur sein kann die vom 5. Weltkongress beschlossene Taktik.

Die Taktik der Einheitsfront nur von unten für Oesterreich steht nicht nur im Widerspruch mit den Kongressbeschlüssen, sondern sie hemmt und muss unter den gegebenen Verhältnissen die Partei hemmen aus der Isolierung herauszukommen. Diese Taktik ist also jetzt ein Hindernis der Parteientwicklung.

Widerspruch zwischen Theorie und Praxis.

1.) Zweifellos die Gegensätze in Oesterreich spitzen sich zu, aber wir stehen erst am Anfang und nicht schon in einer unmittelbar aktuellen revolutionären Situation. Die tatsächliche Lage widerspricht so sehr der am 16.11. auf der K.K. skizzierten Lage, dass die Praxis die Partei gezwungen hat, zu Lösungen überzugehen, die deutlich zeigen, wie die Parteileitung von ihrer Auffassung der Lage am 16.11. abweicht. Diese praktische Korrektur ist an sich gut, nur ist die Partei im Verlaufe von 14 Tagen von den hyperlinken Voraussetzungen schliesslich weit nach rechts abgewichen bis zu einer menschewikischen Haltung, die noch dazu durch Unklarheit verschärft ist.

"Es muss bei alle Kämpfen die Machtfrage aufgeworfen werden" (K.P. 23.11. Politische Thesen).

Das ist ein richtiger Satz! Das ist eine, bei der heutigen Lage unbedingt notwendige Taktik. Sie ist übrigens vom 5. Kongress zwingend angeordnet. Es heisst nämlich in den taktischen Kongressthesen zur Frage der Taktik der Teilforderungen: "Die Taktik der kommunistischen Internationale schliesst die Einfügung von Teilforderungen in unsere Agitation und Politik nicht nur nicht ein, sondern umgekehrt, sie setzt sie sogar voraus. Hierbei muss jedoch dreierlei im Auge behalten werden: a) die von uns aufgestellten Teilforderungen müssen der lebendigen Wirklichkeit entspringen, d.h. sie müssen derart sein, dass mit der Unterstützung derselben durch die breiten Massen der werktätigen Bevölkerung gerechnet werden kann. b) solche Forderungen müssen in der Richtung der revolutionären Entwicklung liegen. c) solche Forderungen müssen stets mit dem Endziel verknüpft werden..... die gesamte Agitation der Kommunisten für Teilforderungen verknüpft jede dieser Teilforderungen aufs Engste mit dem Programm des revolutionären Umsturzes. Das gilt besonders für jene Länder, in denen die Krise der bürgerlichen Ordnung eingesetzt hat."

So die Theorie. Wie sieht die Praxis der Partei aus?

Am 18.11. ja auch noch am 26.11. fasst die Partei ihre Teilforderungen folgendermassen zusammen: 18.11. ("Zertrümmerung der kapitalistischen Regierung, der Seipel-Regierung, der ganzen Geldsackrepublik, nieder mit der bürgerlichen Demokratie, es lebe die Revolution!") - Am 19.11. ("Zertrümmert das Genfer Sklavenjoch, jagt die Sozialverräter mit ihrem parlamentarischen Klüngel fort. Weg mit der Faschistenregierung. R u s t e

zum Kampf für die Arbeiter- und Bauern-Regierung!" - Am 23.11. Der Aufruf zum den Niederösterreichischen Landtags Gemeindevahlen schliesst mit der Losung: "Sturz der kapitalistischen Regierung - für die Arbeiter- und Landers Bauernregierung".

Bisherher alles durchaus richtig. Am 30.11. nun eröffnet die Partei eine Teurungskampagne: "Kämpft gegen den Hunger! Herunter mit dem Preisenssofortige allgemeine Erhöhung der Löhne, Erhöhung der Unterstützung oder Arbeit für die Arbeitslosen, Heraus mit einer Nothilfe für Arbeitslose, Invalide und Altagsinvalide".

Soweit gut. Wo bleibt aber die zusammenfassende Losung? Nun die Partei begnügt sich folgende Sätze am Ende beizufügen: "Das sind die nächsten Losungen des Proletariats in den nächsten Tagen. Dafür muss der Kampf zunaehst geschlossen aufgenommen werden!"

In den politischen Thesen der Reichskonferenz heisst es ausdrücklich: Die Partei muss bei allen Kämpfen, die Machtfrage aufrollen. Wo ist da die Machtfrage aufgeworfen? Nirgends! Auf einmal beginnt die Partei eine Kampagne für Teilforderungen ohne sie auf die Machtfrage zuzuspitzen, sie macht also dasselbe was die Reformisten machen, sie treibt eine menschenwekische Politik - und diesen Sprung von Hyperradikalismus zum Menschismus macht die Partei bei anhaltender Zuspitzung der Klassenkonflikte! Der Hyperradikalismus entpuppt sich als Scheinradikalismus, als Radikalismus der Phrase.

Aber immerhin, wenn die Partei schon nicht die Teilforderungen zusammenfasst und auf die Machtfrage ausrichtet - und nur das ist kommunistisch, alles andere aber menschenwekisch - ruft sie nicht wenigstens zur Einheitsfront Gewiss das tut sie - aber wie. Die Zentrallosung muss so sein, dass der letzte Arbeiter sie versteht. Was heisst das: "Dafür muss der Kampf zu - n e h m e n geschlossen aufgenommen werden". Z u n e h m e n ? U n d d a n n ? Etwas wieder geschlossen? Nun wo ist das nicht gemeint. Die Partei wollte sagen: Arbeiter schliesst Euch zur Einheitsfront zusammen, aber dann muss die Partei den Arbeitern auch sagen, w i e sie das tun sollen. Sie muss klar sagen, w a s die Arbeiter tun sollen: sollen die Arbeiter auf die Führer drücken und sie zur Einheitsfront zwingen oder - sollen die Arbeiter die Einheitsfront über die Köpfe der Führer hinweg herstellen. Die Partei traut sich nicht das klar zu sagen. Warum? Weil sie sonst in Widerspruch käme zu ihrer Theorie vom 16.11. (Das könnte als "spitzenverwehlung" oder als Schwanzpolitik gedeutet werden) Und das andere traut sie sich nicht zu sagen weil die Zuspitzung der Lage in Oesterreich noch nicht soweit gediehen ist, um die Arbeiter mit Erfolg über die Köpfe der Führer kurzerhand zur Einheitsfront zu bringen, die These also von der "unmittelbar", "aktueller" revolutionären Situation liegen gestrafft würde. Abgesehen also davon, dass die Gesamtlösung am 30.11. menschenwekisch ist, ist sie noch dazu rasserorientlich unklar. Die Arbeiter wissen nicht was die Partei ihnen eigentlich anrat. Mit solchen Losungen kann die Partei keine Massen anziehen.

Dieselbe Unklarheit am 4.12.: "Heraus mit dem neuen National Plan! Heraus mit der Einheitsfront aller Bundesangestellten zum Kampf!" Man möchte nach der Sprache annehmen, dass sie an die Gewerkschaftsführer gerichtet, Aus dem Text geht aber hervor, dass sie die Losung wendet an die Arbeiter und zwar vor allem an die Postler. Die Losung hätte also richtig lauten müssen: "Bundesangestellte, schliesst die Einheitsfront zum Kampf!" Aber auch dann hätte die Partei den Bundesangestellten sagen müssen, w i e sie das tun müssen, ob durch Druck auf die Führer oder über die Führer hinweg. Also dieselbe Unklarheit.

In der Tat sehen wir, dass die Partei nicht den geringsten Einfluss auf diese Bewegung gehabt hat, sie macht zwar noch am 5.12. so, als ob der Kampf um die Einheitsfront weiterginge - das Blatt wird mit der Schlagzeile eröffnet "Um die Einheitsfront". - Aber auf dem Text erfahren wir, dass die Einheitsfront bereits gescheitert ist, dass die freigewerkschaftliche Organisation der Postler, den Telefon- und Telegrafisten und Staatsarbeitern (die Bundesangestellten) werden Kommunisten wählen! - Da die Partei nicht zuletzt durch die Unklarheit ihrer Losungen auf die Bewegung, während der Bewegung nur sehr geringen Einfluss gehabt hat, so kann sie nachher den Verlauf der sozialdemokratischen Führer selbstverständlich gerichtlich auswerten. (Bei solcher Taktik wird die Zersetzung der sozialdemokratischen Partei "in den kommenden Monaten" und die Schaffung einer kommunistischen Massenbewegung "in den nächsten Monaten" besteht verzögert werden).

Gewiss ist es besser, wenn die Partei in der Praxis wenigstens etwas die Fehler ihrer Theorie korrigiert. Aber die Praxis soll mit der Theorie übereinstimmen und die Theorie muss so sein, dass die Praxis mit ihr übereinstimmen kann. Wo das nicht der Fall ist, muss U n k l a r h e i t eintreten. Unklarheit aber ist das Fundament der österreichischen Parteikrise. Die Unklarheit beheben heisst die Partei sanieren. Neue Unklarheiten schaffen, auch wenn die gute Absicht dazu besteht, heisst o b j e k t i v d i e S a n i e r u n g d e r P a r t e i h e m m e n.

Die Lage der ~~KP~~ Partei und die Aufgaben der Gesundheitsgruppe.

1. Die Grundursache der Parteikrise.

Die KP Oesterreichs ist als Frühgeburt zur Welt gekommen. Die Folge davon war, dass sich fast nur Arbeiterelemente anschlossen, die gar keine politische Erfahrung hatten. Aber auch die Führerelemente die bei der Gründung zur Partei stiessen, hatten nur sehr geringe politische Erfahrungen. So torkelte in einer ausserordentlich guenstigen Situation die Partei von Fehler zu Fehler. Sie vermochte die Massen die ihr zuneigten und zustroemten nicht zu fuehren ge/k_schweige dauern hinter sich zu halten. Aus den Fehlern wenigstens zu lernen aber wurde die Partei gehindert durch die unfaeihigen Fuehrerelemente.

2. Die ~~KP~~ Partei auf ihrem Hoehpunkt.

Allmaechlich sammelte sich doch bei einem Teil der Mitglieder einige Erfahrung. Zusammen mit diesen gelang es reiferen Fuehrerelementen die inzwischen zur Partei gestossen waren das Gefuege der ~~KP~~ Partei zu festigen und durch aktive entschlossene/kluge Politik die Partei zu ansehnlichem Aufstieg zu bringen. 10.000 wirkliche Mitglieder und in Wien allein 25.000 Sympathisierende die im Herbst 1928 dem Ruf der Partei zur Aktion gegen den Genfer Vertrag folgten, das war die Frucht dieser Arbeit, die die Partei auf einen Hoehpunkt gefuehrt den sie weder vorher noch nachher je erreicht hat.

3. Der Sieg der vereinigten Korruption, Impotenz und Unklarheit.

Im Herbst 1928 schlossen sich, von politischen Zielen nur wenig, meist gar nicht angekraenkt, in der Hauptsache/ getrieben nur von dem persoenlichen Ehrgeiz die Macht in der Partei an sich zu reiessen, folgende Elemente insgeheim zu einer F r a k t i o n zusammen:

- a) die k o r r u p t i o n i s t e n (Toman, Forst, Hofer usw.)
- b) eine Gruppe ehrlicher Arbeiter, deren Einstellung ausschliesslich von Gefuehlen bestimmt politisch durch besondere U n k l a r h e i t gekennzeichnet war (Klöss).
- c) die Gruppe der politischen I m p o t e n z (Koritschoner). Diese von dem verwerflichen Ehrgeiz getrieben trotz/ ihrer absoluten immer wieder bewiesenen politischen Impotenz, die Fuehrung der Partei in die Hand zu bekommen, erkaufte sich zu diesem Zwecke die parteipolitische Unterstuetzung der Korruptionisten, indem sie ihnen als Preis dafuer moralische Deckung gab.
- d) die L e v i t e n: ein Teil wollte bewusst die Liquidierung der Partei (Pollak), die anderen $\frac{1}{2}$ (Strasser, Strömer) wollten zumindest eine Lockerung des zentralistischen Gefueges der ~~KP~~ Partei;

Das gemeinsame Merkmal, das diese so verschiedenartigen Elemente charakterisierte, war ihre ausserordentliche U n k l a r h e i t in politischer, gewerkschaftlicher und organisatorischer Hinsicht. Jedoch das Band das sie wirklich zusammenhielt, waren die p e r s o e n l i c h e n A m b i t i o n e n. Frei

in diesem Punkt sehr

davon waren nur die ehrlichen Arbeiterelemente, die sich aber von den partrinierten Arrangeuren in einen persönlichen Kampf hineinziehen liessen. Was allen diesen Elementen an politischer Fähigkeit mangelte, das suchten sie zu ersetzen, indem sie sich von langer Hand zu einer ausserordentlich straffen Fraktion organisierten, die zur Erreichung ihres Ziels vor den niederträchtigsten, lumpigsten, schmutzigsten Mitteln nicht zurückschröckte.

Die damalige Führung der Partei (Frey) beging den Hauptfehler, dass sie selbst als sie schliesslich die geheimen Fraktionsvorbereitungen der Toman Koritschoner bemerkt hatte nicht dazu überging alle klaren Elemente in der Partei zu einer Fraktion zusammenzufassen zur Rettung der Partei. Dieser Fehler war die Hauptursache ihrer Niederlage. Der Versuch durch eine gross angelegte Diskussion Klärung in die Partei zu bringen wurde von der Toman Koritschonergruppe durch ein Stinkbombardement verhindert. Schliesslich kam noch dazu, dass die Kommintern von dem damaligen Referenten über die österreichischen Angelegenheiten Heurath durch bewusste Lügen irreführt, gegen die Führung Stellung nahm und so den Toman Koritschoner in den Sattel half. (5. Parteitag, März 1923) Flöhe
- vollkommen

4. Die Partei unter der Führung der Toman-Koritschonergruppe.

Vom 5. Parteitag (März 1923) bis zum 6. Parteitag (April 1924). Ein Hin und Hertorkeln von menschewikischen zu syndikalistischen Abweichungen und umgekehrt, das war die Linie der neuen Führung. Manche dieser Abweichungen waren sehr wesentlich. Zum Beispiel die Taktik des Nachhinkens politisch und gewerkschaftlich gegenüber der SP, dann die syndikalistische Einstellung in der Gewerkschaftsfrage. Es ist nicht nötig alle diese Abweichungen aufzuzählen und zu charakterisieren. Denn nicht diese Abweichungen nach rechts und links und links und rechts, sondern dass die Partei genau genommen keine Abweichung, weil überhaupt keine Linie hatte, das war das Charakteristische der Partei unter der neuen Führung. Absolute Linienlosigkeit, absolute Unklarheit politisch gewerkschaftlich, organisatorisch, das war das Charakteristikum dieser Führung, die mochte das Parteischiiff hin und hertorkeln, bald dahin bald dorthin geworfen werden, nur eine feste "Linie" hatte: die Führung unter allen Umständen und mit allen Mitteln zu behaupten und jeden Versuch einer Änderung ja auch den Versuch nur einer Kritik mit den skrupellosesten Mitteln zu unterdrücken.

Das Mittel, das sie schon im Kampf um die Macht angewendet hatte, benützte die Gruppe Toman_Koritschoner weiterhin zur Behauptung der Macht mit Stinkbombarden erstickte sie jede Diskussion, jeden Ansatz zur politischen Klärung.....Die Partei sank von Stufe zu Stufe, Sie verlor alle Sympathisierenden und wurde von den Massen isoliert, Sie verlor den Grossteil ihrer Mitglieder. Unter den Giftmethoden dieser Führung litt schliesslich auch der innere Geist der decimierten Partei.

Nach dem 6. Parteitag. Im Frühjahr 1924 hatte die K7 Ueberzeugung, dass es notwendig sei mit diesem System endgiltig zu brechen so stark in der Partei Fuss gefasst, dass die Elemente die die Gesundung der Partei anstrebten im Sta- de waren, obwohl aus der Parteileitung, aus dem Parteiapparat, aus allen höher Funktionen und selbst vom Referieren usw vollkommen ausgeschaltet, die knap- pe Mehrheit auf dem Parteitag zu erlangen. Wieder war es Neurath, der sein Amt als Kominternvertreter missbrauchend, den Parteitagkurzer Hand auflöste, um den Sieg der gesunden Elemente zu verhindern, der unvermeidlich zur Enthül- lung des frevelhaften Spiels geführt hätte, welches er mit der Partei getrie- ben hat. Die alte Führung wurde unter der neuen Form des Direktoriums etabliert das alte System gieng verschärft weiter: nach aussen hin radikales Phrasenge- bimmel und eine mechanische Beschäftigkeit die Aktivität vortäuschens sollte ..in Wirklichkeit aber bestand die ganze Tätigkeit der Clique darin sich mit den Mitteln des skrupellosesten Bürokratismus zu behaupten. Das Direktorium hat die letzten Reste an Kraft, die letzten Reste an Ansehen der Partei verwir- schaftet, hat die Partei um den letzten Funken an Vertrauen beim Proletariat gebracht.

5. Die Herausbildung einer Mittelgruppe.

Im Laufe der Zeit musste wenigstens ein Teil gerade der ehrlichen Arbeiterelemente, die den Toman_Koritschoner Gefolgschaft leisteten, aus den Ir- fahrungen allmählich zulernend das wahre Wesen der Elemente erkennen, die Irakti- on führten. Durch das Verhalten Tomans wurde dieser Process schliesslich sprunghaft beschleunigt. Die Genossen Kopenig, Maresch samt ihrem Anhang lösten los von den Toman_Koritschoner und nahmen Stellung gegen sie. Das war ein Fort- schritt in der Richtung zur Gesundung der Partei.....Dazu traten andere gute und auch mit gewissen Fähigkeiten ausgestattete Elemente, die aus Deutschland her übergekommen waren(Wurm, Frank).

Wenn jene Elemente die seit zwei Jahren um die Gesundung der Partei einen zähen Kampf kämpften in dieser Zeit wirklich entschlossen aufgetreten wären, so wäre damals schon mit Kopenig_Maresch_Frank und Genossen ein Gesundungsblock entstanden, der die korrupten Elemente restlos beseitigt, zur vollkommnen politi- schen Klärung, zur Zusammenfassung wirklich aller fähigen Elemente in der Partei geführt hätte. So wäre unter Führung der G.G. die Parteikrise ~~verhindert~~

schon damals endgültig liquidiert werden. Das Versagen der G.G. in diesem entscheidenden Zeitpunkt, hervorgerufen durch die Passivität ihrer Mitglieder, vor allem aber durch die Passivität ihrer Führung hatte eine doppelte Wirkung:

Erstens. Die Gruppe Koplenig-Frank, nicht dem geringsten Druck durch die GG ausgesetzt, kam und musste auf den Gedanken kommen, ihre eigene Führung in der Partei aufzurichten und zu stabilisieren. Durch ihr Gruppeninteresse aber war sie gezwungen, die Fraktion Toman-Koritschoner statt sie zu vernichten wie das Parteiinteresse es erheischte, nur zu schwächen, um sie jederzeit ins Gegengewicht gegen die GG wenden zu können. So, durch die Passivität der GG!!!... wurde die Gruppe Koplenig-Frank aus einer vorübergehenden Übergangsgruppe zu einer längerandauernden Mittelgruppe.

Zweitens aber gewannen alle möglichen Elemente, die daran interessiert waren das Entstehen einer starken selbstbewussten Führung in der KPOE zu verhindern, Zeit zu ihren Intriguen: Neuraith, weil er die Demaskierung seiner verbrecherischen Kurpfuscheri fürchtete, ... Strauss, aus persönlichen Gründen, ... Landler, Alpari weil sie die österreichischen Dinge ausschliesslich von einem übrigens engstirnigen Standpunkt der KP Ungarns messend, in der KPOE nur eine solche Führung wollen, die mag sie noch so unfähig und selbstkorrupt sein, ein ihnen jederzeit willfähriges Werkzeug darstellt. Diese Intriguen führten zur Wiederaufnahme Tomans und in weiterer Folge zu dem Bestreben, Toman und seine Gruppe in den früheren Stand wieder einzusetzen, was durch die Weichheit der Mittelgruppe und vor allem durch die Passivität der GG gefördert wurde und bereits gewisse praktische Resultate gezeitigt hat.

6. SK Die Reichskonferenz am 16. November 1924 und ihre Ergebnisse

Die Reichskonferenz brachte einen Fortschritt zur Gesundung der Partei aber keine vollkommene Liquidierung der Parteikrise.

Sie hat den Weg hierzu verrammelt zunächst einmal durch eine unrichtige Analyse der Parteikrise. Es genügt auf einen Punkt zu verweisen. Sie bezichtigt beide Seiten der "Schwanzpolitik", um so bei den Teilen die Schuld am Niedergang der Partei aufhalsen zu können. Niemals hat die Führung Frey Schwanzpolitik getrieben! Niemals haben dann Frey und Genossen als sie in der Opposition auch nur einen Fall der "Schwanzpolitik" kritiklos hingenommen! Die Taktik des Nachhinkens (zunächst in gewerkschaftlichen Fragen) hat einen der Ausgangspunkte des Parteikonfliktes gebildet. Immer wieder haben Frey und Genossen die Taktik des Nachhinkens (auf politischem und gewerkschaftlichen Gebiet) kritisiert: siehe Wiener Landespartei tag April 1923 f... siehe Memorandum an die erweiterte Exekutive Juni 1923 f... siehe Memorandum an den 5. Weltkongress Juli 1924 f....

Schliesslich muss die Frage aufgeworfen werden, ob eine Führung das Recht hat, sei es auch den Toman-Koritschoner gegenüber, "Schwanzpolitik" vorzuwerfen, die diese Taktik selber betreibt. Siehe die Feuerungskampagne, die am 30. November, im besten Falle am 28. 11. einsetzend, Schwanzpolitik bedeutet gegenüber der Barmeregierung, die ihre Aktion gegen die Feuerung schon am 25./11. angekündigt hat. Die Partei hätte längst schon in ti eine Feuerungskampagne einleiten müssen, längst schon war die Feuerung besonders fühlbar, längst schon hatten die Frey Leute, und zwar wiederholt! die Einleitung einer Feuerungskampagne ange-regt, gefordert (Wiener Konferenz Mitte 1924 f)

Wiener

Weiter, die Reichskonferenz hat die Korruptionisten

nicht beseitigt sondern nur geschwächt, und auch das nur vorübergehend. Man kann ruhig in Wien bleiben (trotz zweimalige

Verurteilung), kann sich (trotz seiner so schweren Disziplinbrüche) in Wien betätigen und seine Fraktion ausbauen. Die Schwächung der Tschech-Korruption Gruppe, dieser Koalition von Korruption, Spionage und Unklarheit muss fest gehalten werden, sie ist ein Fortschritt. Allein die Anstrengungen die Partei von dem ~~MAK/AB~~ Korruptionstakt zu reinigen müssen fortgesetzt werden.

Schliesslich und vor allem politisch. Die Reichskonferenz hat der Partei den Weg zur politischen Klärung wieder eröffnet. Das ist ein bedeutender Fortschritt, den erst die Zurückdrängung der Wirtschafter ermöglicht hat. Die Reichskonferenz hat den ernstlichen und ehrlichen Versuch unternommen der Partei eine politische Linie zu geben und die neue Leitung bemüht sich ehrlich und ernstlich die Partei gemäß dieser Linie vorwärts zu führen

Allein die Reichskonferenz hat keine politische Klärung gebracht:

die politische Linie die die Reichskonferenz der Partei gegeben hat ist in den entscheidenden Punkten nicht richtig!

1. Sie bewertet die Lage in Oesterreich als "unmittelbar revolutionäre Situation. Desser die Lage in Oesterreich ist die revolutionäre Situation begriffen, sie ist revolutionär, aber sie ist noch keine "unmittelbar" oder wie es an anderer Stelle heisst "aktuelle" revolutionäre Situation.

2. Sie gibt eine völlig unzulängliche, ungenau politische Orientierung. Gegenüber dem aktuellen Plan der Entente bourgeoisie die Donauföderation aufrücheln (unter Führung der tschechischen Bourgeoisie, mit der Spitze gegen Sowjetrussland und zugleich als eine neue Garantie gegen Deutschland) ist die Lösung des Anschlusses an die kommende Dritte Republik Europa zu versuchen, zu vereinbaren, zu vereinbaren. Das revolutionäre Interesse heisst dass die Partei ihr ausserpolitisches Lavieren (und die vorstehende Lösung verbirgt nur das Lavieren!) aufgibt und sich auch ausserpolitisch klar und konkret einstellt. Die Orientierung auf die Donauföderation ist konterrevolutionär, sie ist das Ziel der imperialistischen Mächte. Die Partei muss dem entgegenstellen die gegenwärtig konkret alleis mögliche Lösung: durch Abschluss an Bünde mit Deutschland Bünde mit Sowjetrussland!

3. Die Kammerregierung ist noch nicht die Regierung des östlichen russischen. Sie soll der Bourgeoisie die hierfür notwendige Zeit und Deckung in der jetzt folgenden Phase der verschärften kapitalistischen Verlagerungspolitik schaffen durch Anbahnung einer Koalition mit der SP.

4. Die Proletarische Mitgliedschaft der SP darf mit der soeben Führerschaft nicht in einen Topf geworfen werden, aber auch nicht mit der SP proletarische Mitgliedschaft der tschechischen.

5. Die Perspektive dass die SP schon in den nächsten Monaten rasch grosse Massen verlieren werde ist sehr unwahrscheinlich. Die Massen in Oesterreich sind wohl mit ihrer Lage sehr unzufrieden, sie beginnen in Kampf für ihre Inzessorien einzutreten, aber sie sind noch weit davon entfernt die Ursache ihrer traurigen Lage in der soeben Politik zu erkennen. Im Gegenteil. Die grosse Masse wünscht heute eine soeben Alleinregierung oder zumindest eine ~~AB~~ Koalitionsregierung mit ausschlaggebendem Einfluss der SP. Davon erwartet

gen nicht die sein.

a) Die Lage in Österreich ist in revolutionärer Situation. Die Lage in Österreich ist in revolutionärer Situation begriffen, sie ist revolutionär, aber sie ist noch keine unmittelbare revolutionäre Situation.

b) Sie gibt eine völlig unvollständige außenpolitische Orientierung. Gegenüber dem aktuellen Wiener Autontebourgeoisie die Konauferation aufzurichten (unter Führung der tschechischen Bourgeoisie, mit der Spitze gegen Sowjetrußland und zugleich als eine neue Garantie gegenüber Deutschland) ist die Lösung des Anschlusses an die kommende Aukerpublik Europa zu verschweigen, zu wenig konkret. Was revolutionäre Interesse heisch dass die Partei ihr außenpolitisches Inverien - und die verstehende Lösung verbirgt nur das bisherige Inverien - aufreißt und sich auch aussch politisch klar und konkret einstellt. Die Orientierung auf die Konauferation ist konterevolutionär, sie ist das Ziel der imperialistischen Mächte. Die Partei muss dem entgegenstellen die gegenwärtig konkret einzig mögliche Lösung: Durch Anschluss an Rätdeutschland - Bündnis mit Sowjetrußland!

c) Die Regierung ist noch nicht die Regierung des offenen Faschismus. Sie soll der Bourgeoisie die hierfür notwendige Zeit und Deutung verschaffen in der jetzt folgenden Phase der verschärften kapitalistischen Konjunkturpolitik schaffen durch Anbahnung einer Koalition mit der Sozialdemokratie.

d) Die proletarische Mitgliedschaft der SP darf nicht mit der Führerschaft nicht in einen Topf geworfen werden, aber auch nicht mit der proletarischen Befolgschaft der faschistischen Organisationen.

e) Die Perspektive, dass die SP schon in den nächsten Monaten rasch große Massen verlieren werde ist sehr unwahrscheinlich. Die Massen in Österreich sind wohl mit ihrer Lage sehr unzufrieden, sie bezirken in Kampf für ihre Tagesprobleme einzutreten, aber sie sind noch weit davon entfernt, die Ursache ihrer tragischen Lage in der ökonom. Politik zu erkennen. Im Gegenteil. Die große Masse wünscht heute eine soziale Alleinregierung oder zumindest eine Koalitionsregierung mit anschlaggebunden Einfluss des SP. Davon erwartet sie eine Besserung ihrer Lage.

f) Ebenso unwahrscheinlich ist die Perspektive die SP werde schon in den nächsten Monaten eine Massenpartei werden. Als Zeichen von Illusionen ist der Partei sehr bedächtig. Diese Illusionen stehen auf einer Stufe mit dem Verfassungssystem (niederösterreichische Landtagswahlen!). Nur aus der Darstellung der wahren Sachlage kann die Partei lernen. Dasselbe gilt bei der Behandlung der Wahlleiterlage der SP in der Wiener Notensache.

g) Es heisst den Dingen voraussetzen der Partei den bewaffneten Aufstand als Reservat zu stellen während sie überhaupt erst wieder die Führung mit den Massen zu gewinnen hat. Zumindesten ist das eine irreführende Formulierung.

Die Partei hat bei der gegenwärtigen Lage alle ihre Schritte ideell und praktisch auf den bewaffneten Aufstand auszurichten, ihn auf allen Gebieten ideell und praktisch vorzubereiten. Nichts weniger - aber auch nichts mehr.

h) Die Einheitsfronttaktik " un r " von unten widerspricht für Österreich den ausdrücklichen Beschlüssen des 3. Weltkongresses. Sie hindert die Partei in ihre Isolierung zu überwinden. -

Zusammengefasst: die politische Einstellung, die die Reichskonferenz der Partei gegeben hat, läuft der Entwicklung voraus, sie ist im Widerspruch mit der heutigen Lage in Österreich, sie h i n d e r t d e n A u f - s t i e g d e r P a r t e i.

7. Schlussfolgerungen

Aus all dem ergeben sich für die Elemente, die seit zwei Jahren um die Gesundheit der Partei kämpfen, folgende zwingende Schlüsse:

a) In erster Linie gilt es durch p o s i t i v e Arbeit auf der g a n z e n Linie der Partei vorwärts zu helfen. Um das in volle Masse erfüllen zu können, müssen sie dafür sorgen, dass Schluss gemacht wird mit der Ausschaltung so und so vieler guter und bester Kräfte. Diese Kräfte müssen auf ihren Fähigkeiten entsprechende Positionen von der Partei gestellt werden.

b) Sie müssen darauf hinarbeiten die Partei zu einer richtigen politischen Einstellung zu bringen, zu einer richtigen Einschätzung der Lage und zur Anwendung einer richtigen Taktik. Als Mittel hierzu dienen ihnen Kritik und W i s s i o n. Aber bei der gegebenen Lage in der Partei werden sie damit in die Parteipublizität erts hervortreten, bis das was die G.G. heute schon sieht auch den Parteimitgliedern fühlbar wird, so dass sie eine sachliche Kritik nicht als Werttreiberei s o empfinden, sondern als ernstes Streben der Partei vorwärts zu helfen aufzunehmen.

c) Die endgültige R e i n i g u n g der Partei ist zwin - gendes Gebot. Die G.G. muss in dieser Richtung die führende Mittelgruppe un - terstützen und vorwärtsstreifen.

d) Die Partei braucht unter e n d g i l t i g e r Beseitigung der korrupten Elemente (Tomaz, Tober, Forst) die Zusammenfassung aller fähigen Kräfte und eine Führung, die wirklich die fähigsten Kräfte der Partei umfasst.

Die G.G. wird durch Eroberung einer starken Parteitagsmehrheit, der Partei diese Zusammenfassung aller Fähigen sowie die Führung der Fähigsten schaffen, wobei sie die Mittelgruppe die gut verwendbare Elemente umfasst, an sich heranziehen wird.

So wird die G.G. die Parteikrise endgültig liquidieren.

e) Aus den Fehlern der Vergangenheit lernend erkennt die G.G. :

Die endgültige Liquidierung der Parteikrise kann durch kein anderes Mittel erreicht werden als durch die s t r a f f s t e Zusammenfassung aller Elemente, die ernstlich die Gesundheit der Partei wollen, durch die W i s s i o n der G.G., innerhalb derer Zielklarheit, Schlagfertigkeit, Entschlossenheit, Zähigkeit, Fleiß der Führung und Aufopferndste Aktivität der Mitglieder der einander wechselseitig fördern müssen.

Dies alles fest im Auge wird die G.G. ihre Anstrengungen verzehnfachen, um schon auf dem nächsten Parteitag ihr Programm zum Siege durchzukämpfen.